

Ergebnis
an allen Werktagen.
Bezugspreis
ab 1. 9. 21: monatlich M.
in der Gelehrtenzeitung 100.—
in den Ausgabeblättern 105.—
durch Zeitungsboten 110.—
durch die Post 110.—
ins Ausland 20 deutsche Mark.
Telefon: 4246, 2273.
3110, 3249.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Postcheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau; für Polen: Czakow Konto P. K. O. Nr. 200 283 in Poznań.

Anzeigepreis:
f. d. Grundchrifte im
Anzeigenteil innerhalb
Polens. 20.— M.
im Reklameteil 60.— M.
Für Aufträge aus
Deutschland 3.50 M
im Reklameteil 10.— M
in deutscher Mark.
Telegrammadresse:
Tageblatt Poznań.

Posener Tageblatt

Fremde Schuld und eigene Schuld

Eine hässliche Woche liegt hinter uns.

In Polen: Ausstände, Schreie aus tiefer Not, Stimmen, die Schlimmes prophezeien. Die Teuerung steigt, die wirtschaftliche Not nimmt zu, Anlagen erheben: Wo bleiben die notwendigen Lebensmittel? Wo bleibt die Milch für unsere Kinder? Wo bleibt die Fürsorge für die Zukunft des Staates, das Geschlecht, das jetzt im Kindesalter steht? Kinderreiche Bürger, Staatsbeamte darunter, treten auf und klagen an: wir können unsere Kinder nicht mehr ernähren nicht mehr kleiden. Mußte das sein? Wer ist schuld? Die Missetzung und Verbitterung wird ausgenutzt von verbrecherischen Elementen, die sie „politisch“ ausnützen, die die Schatten noch dunkler machen, das Licht schwärzen. Aber die Wahrheit bleibt: ein Vierteljahr hat genügt, die wirtschaftlichen Verhältnisse hier, in Posen, fast unerträglich zu machen. Ein einziges Beispiel: Vor einem Vierteljahr kostete in Posen das Pfund Butter etwa 100 Mf., jetzt — 600 Mf. Das Sechsfache! Hält irgend ein Einkommen damit Schritt?

Es wird berichtet: In Krakau, Lemberg, Warschau, Lodz ist Milch und Butter in jeder beliebigen Menge zu haben und — billiger als hier in Posen. Vor kurzem noch waren wir hier stolz darauf, daß sich die Lebensmittelpreise bei uns in erräßlichen Grenzen hielten! Und jetzt? Wir leben hier teurer als dort und verdienen in den meisten Berufen weniger als dort. Und das „ehemals preußische Teilgebiet“ soll doch der landwirtschaftlich ergiebigste, höchsthinrende Teil Polens sein! Das fasse, wer es kann.

Und in Deutschland?

Die Teuerung nimmt zu. Steuerlasten drohen, von deren Wirkung auf das Leben der meisten Staatsbürger sich vorläufig noch kein Mensch eine Vorstellung machen kann. Wer sie werfen ihre Schatten voraus. Furchtbare Ahnungen greifen hinein in den Frieden der Gemüter, der eben erst langsam wieder Wurzel zu fassen beginnt. Und wie in Polen, so beginnen auch dort Kundgebungen gegen die wirtschaftlichen Misstände, durch die die Ruhe und Stetigkeit des allmählich wieder ins Gleis gebrachten Lebens bedroht wird, wie in Polen, so werden auch dort — wenn auch freilich nicht in demselben Umfang — diese Misstände ausgenutzt von denen, die immer wieder versuchen, die Sinne des Volkes zu umnebeln, ihm eine „Freiheit“ vorzugaukeln, die es nicht gibt, die das Volk dazu zu bringen suchen, daß es zur Eigenhilfe greift.

Und dann kommt wie ein Donnerstrahl die Kunde: ein Mann wurde ermordet, der vielen als ein Führer des Volkes galt. Ob jetzt noch viele daran glaubten, daß er berufen war, das Volk aus der Not herauszuführen, bleibt dahingestellt. Vielen galt er schon längst als der „Reichsverderber“. Über darum handelt es sich nicht. Er ist tot. Die Tatsache bleibt: ein Mord ist geschehen. Wieder hat das Volk zur Eigenhilfe gegriffen. Das Volk? Wer ist das Volk? Ein anderer Teil des Volkes wird unruhig, seine Unreife wird wieder „politisch“ ausgenutzt. Volksführer rufen zur Eigenhilfe gegen die Eigenhilfe. Gewalt gegen Gewalt? Und das soll Rettung bringen? Das fasse, wer es kann.

In Polen und in Deutschland — im wesentlichen das gleiche Bild: das in Not und Elend hineingetriebene Volk streift zur Eigenhilfe. In Not und Elend hineingetrieben — von wem? In Polen: von der Parteiwirtschaft, von dem Unverständ, der „politische“ Zwecke über das Gebot des Tages setzt. Und das Gebot des Tages ist das Stück Brot, das der Mensch zum Leben braucht, der Lappen, dessen er bedarf, um einigermaßen als anständiger Mensch zu gelten, das Stück Kohle oder Holz, das er vorrätig haben muß, wenn er im Winter der Kälte nicht ganz preisgegeben werden soll. In Deutschland: Von denen, die dem Lande unersättbare Friedensbedingungen und unerträgliche „Sanktionen“ aufzwangen, die das Volk zwingen wollten, andere satt zu machen und selbst zu hungern, andere zu wärmen und selbst zu frieren, andere zu kleiden und selbst in Lumpen zu gehen.

Verschieden sind die Ursachen. Die Not ist eine und dieselbe. Und diese Not wird — leider — hier wie dort von Leuten ausgenutzt, deren Politik mit einem Mittel arbeitet, das kein politisches Mittel ist: mit der Gewalt, mit der Kugel, mit der Bombe, mit dem Dolch.

Und wie Deutschlands und Polens Not — trotz Ober-

schlesien — gegenwärtig eine gemeinsame Not ist, so ist auch innerhalb Polens die Not der Polen und die Not der Deutschen eine gemeinsame Not. Um es klar heraus zu legen: Alles Politische ist in Polen jetzt nur noch ein Mäntelchen, ein sadenscheiniges Mäntelchen. Und unter dem Mäntelchen birgt sich — die Not, die richtige, wirkliche, wirtschaftliche Not. Wer das ableugnet, leugnet Tatsachen. Und dem polnischen Blatte, das vor einigen Tagen in einer kritischen Beleuchtung des Leitartikels „Zwei Seelen“ in Nr. 150 des „Pos. Tagebl.“ erklärte, die Feststellungen, die dieser Artikel enthält beruhen auf falschen Informationen, ist zu erwiedern: Nein! Was dort gesagt wurde, beruht auf zuverlässigen Aufzeichnungen von — Polen, von Polen, die mitten im wirtschaftlichen Leben stehen.

Aber wenn es sich einerseits jetzt nur noch um die Belebung oder zum mindesten um die Milderung der wirtschaftlichen Not in Polen handelt, der gemeinsam Not für Polen, Deutsche, Juden und was es sonst noch für Leute in diesem Staate geben mag, so ist anderseits nicht zu verkennen, daß diese Not — wenigstens soweit

das „ehemals preußische Teilgebiet“ von ihr betroffen ist — die Folge einer falschen Politik ist. Welcher Politik, ist an dieser Stelle oft genug gesagt worden. Und diese Not, die die Folge dieser — sagen wir einmal: nationaldemokratischen — Politik ist, wird jetzt ausgenutzt von denen, die politisch die äußersten Gegner dieser Politik sind: den an weitesten links stehenden polnischen Parteien, den Kommunisten (oder, wenn man will: Bolschewisten). Ironie der Weltgeschichte!

Deutschland und Polen stecken wieder einmal tief, ganz tief in Not und Sorge. Und in beiden Ländern stocken Millionen von Herzen bei der bangen Frage: Was werden die nächsten Monate bringen?

Aber der Unterschied darf nicht übersehen werden: dem Deutschen Reich ist seine Not aufgezwungen worden, und Deutschland ist in Not und Sorge geraten, obwohl dort gearbeitet und geschafft wird und an dem Wiederaufbau des halbzerstörten Staatsbaus gewirkt wird wie nirgends sonst. — Polens Not ist von Polen selbst gemacht und verschuldet, ist eine Folge seiner eigenen Tätigkeit und Untätigkeit. Deutschland konnte seine Not trost härtester Arbeit und äußerster Anspannung aller Kräfte nicht abwenden, weil die, die ihm die Not aufzwangen, mächtiger waren als es, Deutschland. Polen verstand es, in zwei Jahren ein Geschenk der Götter so zu entwerten, daß die polnische Mark drei deutschen Pfennigen an Wert gleich wurde und die wirtschaftliche Not, höher und höher steigend, Schiffer und Kahn zu verschlingen droht, — obwohl ihm, Polen, die mächtigsten und wohlgesonnenen Freunde zur Seite standen.

Das ist keine tendenziöse Verhimmung Deutschlands oder Herabsetzung Polens, sondern eine Feststellung von Tatsachen, aus denen gelernt werden muß. Zwei Staaten, denen es heute verhältnismäßig gut gehen könnte, sitzen in Not und Elend: der eine infolge der Politik der anderen, der andere — infolge seiner eigenen Politik. L.

Oberschlesien.

Gutscheidung im Oktober?

Beuthen, 2. September. (PAT.) Den heutigen Zeitungen gehen Nachrichten zu, daß der Völkerbundsrat seine Meinung in der oberschlesischen Frage erst zu Anfang des Oktober veröffentlichen wird. Auf Grund dieser Meinung wird der Oberste Rat seine Entscheidung Ende Oktober treffen.

Aufhebung des Belagerungszustandes in Gleiwitz und Strehlitz.

Beuthen, 2. September. (PAT.) Gestern wurde der Belagerungszustand im Gleiwitzer Stadt- und Landkreis und im Kreis Strehlitz aufgehoben. Die Aufhebung des Belagerungszustandes in anderen Kreisen wird erst nach der Rückkehr des Generals Léonard nach Beuthen erfolgen.

Der griechisch-türkische Krieg.

Die rückwärtigen Verbindungen der Griechen ernstlich bedroht.

Konstantinopel, 2. September. Gerüchte aus kemalistischer Quelle bestätigen die Besetzung von Bilecik durch die Türken. Wenn diese Meldung den Tatsachen entsprechen sollte, so würden die rückwärtigen Verbindungen der Griechen ernstlich bedroht sein.

Rückzug der Griechen.

Paris, 2. September. (PAT.) Aus Angora wird amtlich berichtet, daß sich die Griechen nach einer zweitägigen Schlacht, in der sie ohne Erfolg verloren, die türkische Front zu durchbrechen, beginnen, sich zurückzuziehen. Die Türken machen Vorbereitungen zur Verfolgung des Feindes.

Die Erhebung in Süddiindien.

London, 2. September. Der Aufstand in der indischen Provinz Malabar dehnt sich von Madras weiter aus. Die ausländischen Molochs haben die heilige grüne Flage gehoben. Überall werden die Läden, Hotels und die Häuser der reichen Bewohner geplündert. Besondere Kundschafter durchziehen das Aufstandsgebiet, um bekannt zu geben, daß die von Chandi angekündigte Selbstregierung nun endlich erreicht worden sei. Gefangenisse werden gesäuft. Eine Armee von 15 000 ausländischen besetzte den Tempel von Shrikolar unweit Calicut. Auch bei früheren Aufständen besetzten die Rebellen den Tempel als Hauptquartier. u. d. hier wurde stets der letzte Widerstand geboten.

Über 18 000 Pfund Sterling sind bereits aus den Banken geholt worden. Über die meisten Bezirke von Malabar ist das Standrecht verlangt worden. Von allen Seiten werden Truppen dorthin gebracht. Auch die Kriegsschiffe von Calicut haben Matrosen gekämpft.

Das Eingreifen englischer Truppen in Süddiindien.

London, 2. September. Reuter meldet aus Calicut, daß die britischen Truppen sich nach dem Unruhegebiet begeben haben. Die Rebellen haben mehrere Städte, die von ihnen besetzt waren, geräumt und sind in die Berge geflüchtet.

Sowjetrußland.

General Brusilow soll nach einer Meldung der „Posledniaj Novosti“ in Nr. 150 des „Pos. Tagebl.“ erklärt, die Feststellungen, die dieser Aufsatz enthält beruhen auf falschen Informationen, ist zu erwiedern: Nein! Was dort gesagt wurde, beruht auf zuverlässigen Aufzeichnungen von — Polen,

von Polen, die mitten im wirtschaftlichen Leben stehen.

Die Cholera. Ein Telegramm aus Moskau meldet, daß bis zum 23. August 50 543 Choleratöle offiziell festgestellt wurden.

Eine Flotterverschwörung.

Petersburg, 2. September. (PAT.) Hier wurde in der Marine eine Verschwörung gegen die Sowjetbehörden aufgedeckt. Alle Offiziere der Marine, im ganzen 400, wurden verhaftet. In Kronstadt und Petersburg finden zahlreiche Revisionen und Verhaftungen statt.

Die Beratungen in Genf.

Genf, 2. September. Die privaten Besprechungen zwischen den Mitgliedern des Völkerbundrates über die oberschlesische Frage dauern fort. Viel beachtet wurde insbesondere eine lange Unterredung zwischen Balfour und Bourgeois, die bereits zu Berichten Veranlassung gab, daß eine Lösung der Frage gefunden sei. Sie soll darin bestehen, daß weder der französische noch der englische Vorschlag zur Annahme gelangen, sondern daß der Völkerbund eine eigene Grenzlinie ausarbeiten. Man läßt die vierseitige Drohung laut werden, daß Frankreich, wenn gegen seinen Willen entschieden werden sollte, durch seinen Austritt den Völkerbund sprengen werde.

Die Arbeitsmethode des Völkerbundsrates.

Danzig, 2. September. (PAT.) Die Danziger Zeitung berichtet in einem eigenen Telegramm aus Rom folgendes: Die heutigen Zeitungen veröffentlichten die Aussagen des italienischen Delegierten zum Völkerbund Marquis Imperiali, der erklärte, daß man sich von gewissen Meinungsverschiedenheiten, die sich bisher in der Ansicht über die Arbeitsmethode des Völkerbundsrates zeigten, nicht nervös machen solle. Über die Teilnahme der Öffentlichkeit bzw. über den Abschluß der Öffentlichkeit für die Sitzungen des Völkerbundes erklärte der Marquis Imperiali folgendes: Bei guten Maßzeiten muß man bei Tische warten und nicht in die Küche blenden, weil man sich den Appetit verdorben kann. Der Koch arbeitet mit Begeisterung und gut. Weiter erklärte Imperiali, daß im Völkerbundrat ein neuer Geist herrsche. Alle haben in einem gewissen Moment denindruck erhalten, daß wir nicht mehr Vertreter der Regierungen sind, sondern Vertreter eines Gedankens, der sich erst den Weg bahnen muß. Vertreter einer Sache, die den Egoismus ausschließt. Nach den Berichten der Agenzia Stefani begann alle Mitglieder des Rates die Überzeugung, daß die Entscheidung des Rates nicht vor Anfang des Oktober erwartet werden darf. Der Völkerbundsrat hat gegenwärtig Punkte, über die sich England und Frankreich schon verständigt haben, von der Bevölkerung ausgeschlossen. Er wird sich nur mit den Punkten beschäftigen, über die bisher noch keine Verständigung erzielt wurde.

Die zweite Sitzung des Völkerbundsrates.

Genf, 3. September. (PAT.) Mit großer Ungeduld und ungewöhnlicher Spannung wurde das Ergebnis der zweiten Sitzung des Völkerbundes erwartet, in der die oberschlesische Frage behandelt wurde. Man war sich allgemein über die Wichtigkeit der Entscheidungen, über das einzuschlagende Verfahren klar. Die Sitzung des Völkerbundes, die auch diesmal geheim war, begann um 4 Uhr 15 Minuten nachmittags und war von kurzer Dauer, was für alle Anwesenden eine Überraschung war. Während der Sekretär des Völkerbundes den Journalisten den vom Rate gefassten Entschluß und den Bericht aus der Sitzung übergab, begab sich Marquis Imperiali zu den Vertretern der italienischen Presse und gab ihnen Aufklärungen über den Entschluß. Imperiali erklärte unter anderem, daß von einem französischen und englischen Konflikt nicht die Rede sein kann, da die Vertreter Englands und Frankreichs, die im Völkerbund sitzen, die Resolution, welche von Bari vorgelegt wurde, einstimmig ohne Vorbehalt angenommen haben. In derselben Zeit sprach Bourgeois die Entscheidung des Völkerbundes mit den französischen Journalisten. Er bemerkte unter anderem: Wir haben eine ausgezeichnete Methode der Prüfung der Angelegenheit gefunden und angenommen. Diese Methode gibt vollkommen Garantien der Parteilosigkeit und der Unabhängigkeit. Man darf nicht annehmen, daß durch die Annahme dieser Methode des Völkerbundes dieser seiner Verantwortung entzogen hat. Die Kommission, die aus den Mitgliedern des Rates, und zwar aus den Vertretern Belgiens, Brasilien, Chinas und Spaniens, zusammengesetzt ist, kann allein keine Entscheidung treffen. Sie wird jedoch einen Entwurf formulieren, den der Völkerbundrat darauf ratifizieren oder ablehnen kann. Der Völkerbundrat wird in ständigem Kontakt mit vier gewählten Kollegen bleiben, und so wird der Stand der Arbeit in jedem Augenblick in guten Händen liegen. Die Kommission wird vollkommen freiheit haben und sich mit vollem Vertrauen an die technischen Berater des Völkerbundes um Hilfe wenden können. Die Vertreter der polnischen und der deutschen Regierung werden zur Teilnahme an einer Aussprache nicht zugelassen werden, jedoch wird eine Kommission, die aus vier Mitgliedern des Völkerbundes zusammengesetzt ist, sich direkt an die Vertreter der Bevölkerung Oberschlesiens wenden können.

Die Mitglieder der neuen Kommission.

Genf, 3. September. (PAT.) Die Mitglieder des vom Völkerbund gewählten Ausschusses zur Bearbeitung der oberschlesischen Frage sind: Da Cunha (Brasilien), Wellington Rodo (Chile), Quiñones de León (Spanien), Hv man's (Belgien).

Die Frage Westungarns.

Prag, 2. September. (PAT.) Der Aufstand in Westungarn nimmt einen immer bedrohlicheren Charakter an. Aufständische ungarische Abteilungen drängen in das österreichische Gebiet ein, wurden aber zurückgeworfen. Der Wiener Korrespondent der „Prager Presse“ erfuhr, daß in Szegron Vorbereitungen zu einem Umlaufzug zugunsten des ehemaligen Kaisers Karl getroffen werden. Von hier aus soll sich die Aktion, die auch schon die Grenzgebiete der Tschechoslowakei umfaßt, weiter verbreiten. Stefan Friedrich soll eine provvisorische Regierung gebildet haben, welche eine Volksabstimmung über die Verpflichtung des ehemaligen Kaisers Karl auf den ungarischen Thron durchführen soll. Der Staatspräsident Horvath sandte nach Westungarn eine Abteilung mit dem Auftrag, die Aktion Stefan Friedrichs unmöglich zu machen.

Landwirtschaftliche Maschinen und Centrifugen

Inz. H. MARKOWSKI i M. GROSWEIT

Grosshandlung landwirtschaftl. Maschinen

Warszawa

Poznań

Zabia 3, tel. 114-07.

Mielżyński 23 II, tel. 52-43.

Erzbergers Beziehung.

Biberach, 2. September. (Tel.-Ull.) Unter ungeheurem An- drang der Bevölkerung aus dem württembergischen Überchwaben, sowie unter Teilnahme von vielen Abordnungen und Vereinen, Vertretern von Behörden usw. fand am Mittwoch mittag die Beisitzung des Reichsfinanzministers a. D. Erzberger in dem ihm von der katholischen Gemeinde gestifteten Ehrengräb statt. Von der Stadtkirche wurde der mit Blumen und Kränzen reich geschmückte Sarg in einem fast endlosen Trauerzug durch die engen Straßen der alten Reichsstadt nach dem katholischen Friedhof übergeführt. Reichskanzler Dr. Wirth hielt dem Dahingestrichenen einen Nachruf, in dem er u. a. ausführte: "Reichspräsident und Reichsregierung widmen dem großen schwäbischen Manne, dem unvergleichlichen Parlamentarier und dem Staatsmann den verdienten Platz der Ehre und der Versicherung des größten Gedankens. Heute verjammeln sich viele Tausende von Arbeitern, die aufgeschreckt durch die Untat, in eine neue Bewegung eingetreten sind, die ganz Deutschland erschüttert. Wehe denen, die noch einen Tropfen in den Kelch einzuschütten wagen. Er würde schließlich überlaufen." Der Reichskanzler schilderte dann, wie Erzberger das Land vor dem finanziellen Zusammenbruch durch seine Steuerreform gerettet habe. Erzberger habe dem deutschen Volke auch die Einheitlichkeit des Post- und Eisenbahnsystems gegeben. Das Schild Erzbergers ist blank und seine Seele rein. Deutsches Volk folge dem Kern des demokratischen Volksstaates! Reichstagspräsident Doebe schilderte Erzberger als Politiker. Der Gedanke, daß er abstößlich oder leichtfertig den Abstieg unseres Landes und Volkes herbeigeführt habe, sei absurd. Hierauf sprachen noch Vertreter der Zentrumspartei des Reichstages und der Zentrumspartei der Stadt Biberach, des württembergischen und bairischen Zentrums, des bayerischen Landtagspräsidenten, Vertreter der christlichen Gewerkschaften, der U. S. P. D. und eine Anzahl anderer Vertreter.

Das Beileid des Papstes.

Berlin, 2. September. Kardinal Gaspari sandte im Auftrage des Papstes ein herzliches Beileidstelegramm an Frau Paula Erzberger. Es lautet: Der Heilige Vater nimmt an der zucklosen Ermordung Deines vortrefflichen Mannes, der von so großer Liebe gegen die katholische Kirche erfüllte, herzlichen Anteil und bittet Gott inständig, daß an seiner Seele das ewige Licht aufleuchten möge, und er erteilt Dir und Deinen Töchtern in Liebe den apostolischen Segen, welcher in Deinem schweren Leid ein lindernder Trost sein möge.

Auch der Nuntius Pacelli hat an die Familie Erzberger ein Beileidstelegramm gerichtet.

Das deutsch-italienische Wirtschaftsabkommen.

Am vergangenen Sonntag wurde im Auswärtigen Amt in Berlin das vorläufige Wirtschaftsabkommen zwischen Deutschland und Italien unterzeichnet. Es hat folgenden Wortlaut:

Die Regierung des Deutschen Reichs und die italienische Regierung haben in dem Bestreben, die gegenseitigen Handelsbeziehungen zu regeln und zu erleichtern, nachstehendes vorläufiges Abkommen geschlossen:

Artikel 1.

Die deutsche Regierung und die italienische Regierung werden sich ohne Rücksicht auf gegenseitige Besitzungen, die gegenwärtig Gültigkeit haben oder in Zukunft erlangen werden können, die Einführung von Ein- und Ausfuhrbewilligungen für die in den Listen A, B, C und D aufgeführten Waren gegenwärtig erleichtern und bei Prüfung der einzelnen Fälle mit möglichstem Wohlwollen verfahren. Für die Ausfuhr solcher Waren, die in der Anlage D aufgeführt sind, wird sich die deutsche Regierung von dem Grundsatz leiten lassen, nach Deckung des inländischen Bedarfs Anträge auf Ausfuhrbewilligung die im Verhältnis zur Deckung des Bedarfs des anstehenden Staates stehen, grundsätzlich zu wünschen. Die Bestimmungen des Absatzes 1 beziehen sich auch auf Waren, die mittels Postpaket zum Versand gelangen.

Artikel 2.

Die deutsche Regierung und die italienische Regierung werden in bezug auf den gegenseitigen Warenverkehr keinerlei neue Besitzungen Maßnahmen verwaltungstechnischer Art, Verbote oder Bestimmungen treffen, die im Gegensatz zu dem Geiste und dem Wortlaut dieser Abmachung geeignet wären, die sich daraus ergebenden Vorzeile ganz oder teilweise aufzuheben. Sollte sich trotzdem aus schwerwiegenden Gründen eine der beteiligten Regierungen genötigt sehen, derartige Besitzungen, Maßnahmen, Verbote oder Bestimmungen zu treffen, so wird sie sich vorher mit der anderen Regierung in Verbindung setzen, um im gegenseitigen Einverständnis eine Wahl zu versuchen. Gelingt dies nicht, so finden die etwa erlassenen Ein- und Ausfuhrverbote auf Waren, die am Tage des Inkrafttreten der jeweiligen Bereits zur Verhinderung aufgegeben waren, keine Anwendung.

Artikel 3.

Die auf Grund dieses Abkommens eingeführten oder ausgeführten Waren müssen von einem Ursprungzeugnis begleitet sein. Diese Beschleunigungen sollen von den zuständigen Behörden kostenfrei ausgestellt und beglaubigt werden.

Um eines Mannes Ehre.

Original-Roman von A. Groner.

(68. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Mit blitzschnelle wollte der Schurke an der anderen Seite aus dem Wagen springen. Da stand jedoch auch einer, und der richtete einen Revolver auf ihn.

Da knickte Kronberg zusammen.

Da wurde er ganz fahl im Gesicht und ließ sich widerstandslos die Handschellen anlegen.

Darnach stiegen die beiden Männer zu ihm in den Wagen, und dieser setzte sich wieder in Bewegung.

Am späten Abend desselben Tages wurde Kronberg in Wiener-Neustadt Herrn von Western vorgeführt.

Er war während dieser Fahrt ein ganz anderer geworden.

Nicht mehr Schrecken zeigte er, und auch die Schwäche, die ihn bei seiner Verhaftung angefallen hatte, war von ihm gewichen.

Auch war es nicht Trost, der an beider Stelle getreten war, sondern ein grausiger Gleichmut und eine zynische Schamlosigkeit.

Seine beiden Wächter hielten die Augen weit offen, denn sie merkten es bald, daß diesem Häftling alles zuzutrauen sei. Aber außer ein paar frechen Witzen und sonstigen frechen Beträgen hatte er sich während des ganzen Transportes doch nichts zuschulden kommen lassen.

Und jetzt, nahe an Mitternacht, stand er mit emporenem Gleichmut vor dem Untersuchungsrichter, gab seine Nationale an und beantwortete alle anderen Vorfragen ohne Zögern und in einer Art, die ganz und gar nach Wahrheit aussah.

Er benahm sich allerdings theatralisch dabei; man merkte, er wollte sich, da für ihn nun alles zu Ende ging, in seiner Gelde zu erhalten. Er drohte mir auch darin. Es ist

Artikel 4.

Die gegenwärtige Vereinbarung tritt am 1. September 1921 in Kraft und hat Gültung für die Dauer von 9 Monaten, von diesem Tag ab gerechnet. Falls sie nicht in einem Monat vor Ablauf dieser Frist gekündigt wird, gilt sie als für den gleichen Zeitraum erneuert.

Artikel 5.

Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung und Durchführung der vorstehenden Abmachung sollen von einer gemischten Kommission entschieden werden, die für jeden einzelnen Fall aus einer von der deutschen Regierung und einer von der italienischen Regierung zu ernennenden Person zusammengesetzt wird, und an einem von diesen beiden Personen zu vereinbarenden Ort zusammentritt. In allen Fällen, wo sich die beiden Kommissionsmitglieder nicht einigen, entscheidet ein von ihnen hinzuzuziehender Schiedsrichter. Können sie sich auch über die Person des Schiedsrichters nicht einigen, so soll um dessen Ernennung der schweizerische Bundespräsident gebeten werden.

Berlin, 28. August 1921.

(gez.) Daniel v. Hainhausen. (gez.) Alfredo Grassati."

Die dem Abkommen beigefügten Listen führen auf:

Die Liste A ein Verzeichnis derjenigen Waren, die für die Einfuhr aus Deutschland nach Italien in Frage kommen, die Liste B ein Verzeichnis derjenigen Waren, deren Einfuhr aus Italien nach Deutschland in Frage kommt, die Liste C ein Verzeichnis derjenigen Waren, deren Einfuhr im Transit über Triest in Frage kommt, und die Liste D ein Verzeichnis derjenigen Waren, deren Einfuhr aus Deutschland von Italien gewünscht wird.

Zu dem Abkommen ist noch zu bemerken, daß die Behandlung, die deutschen Staatsangehörigen, Waren oder Schiffen in bezug auf die Niederlassung, die Ausübung des Berufs, des Handels und Gewerbes, die industrielle Tätigkeit, die Schifffahrt und den Verkehr in Italien gegenwärtig zuteilt wird, tatsächlich schon die gleiche ist wie diejenige, die den Staatsangehörigen, Waren und Schiffen der anderen Nationen zugute kommt, abgesehen allerdings von der Polizeifrage. Falls diese Behandlung eine Änderung erfahren sollte, besteht Einverständnis darüber, daß Deutschland berechtigt ist, vor der getroffenen Abmachung zurückzutreten. Die deutschen Staatsangehörigen können daher damit rechnen, daß Italien an der gegenwärtigen ihnen gegenüber geübten wohlwollenden Behandlung keine Änderung vornehmen wird.

Die au ständischen Marokkaner.

Paris, 2. September. (Tel.-Ull.) Aus Madrid wird dem "Journal" gemeldet: Aus Parcchia ein eirosene Nachrichten über den Verlust der Stellungen bei Poissos, welche die Truppen des Oberleutnants Baica icl innehalten, erklären daß 200 Marokkaner die Stellungen der Spanier von vorn angreifen während eine viel bedeutendere Streitmacht die Spanier vom Rücken het überfiel. Die spanischen Truppen, die aus zwei Kompanien mit Artillerie und einer Maschinengewehrabteilung bestanden, haben etwa 100 Mann verloren, darunter den Oberleutnant Baical, zwei Hauptleute und drei Leutnants. Der General Varela hat sofort eine Hilfstruppe gebildet die gegen die Rebellen vordringt. Die aufständische Bewegung hat sich auf die Gegend von Genua, Tonan und Gonera au gedehnt

Wekerle.

Öfen-Pest, 31. August. Der frühere ungarische Ministerpräsident Dr. Alex Wekerle ist im Alter von 73 Jahren gestorben.

Wekerle wurde am 14. November 1847 geboren. Seine Jugendjahre fallen also in die Sturmzeit Ungarns, seine Junglingsjahre in die Ausgleichsversuche zwischen Öfen-Pest und Wien, der reise Mann hängt mit ganzer Seele an dem Gedanken der Donau-monarchie unter Wahrung der Sonderstellung Ungarns, und der alternde Staatsmann erlebt die Ermordung Tisza, den Berfall Österreichs, die Verkleinerung Ungarns, überlebt seinen ehemaligen Führer Tisza, der im Jahre 1884 den Ministerialdirektor Wekerle als Unterstaatssekretär unter seine Fittiche genommen hatte. Fünf Jahre später trat Wekerle an die Stelle Tisza als Finanzminister und zeigte seine hohen volkswirtschaftlichen Fähigkeiten. Durch Währungsreform, Valutaregulierung und Steuerreform sanierte er die ungarischen Staatsfinanzen und eine Konversion von 800 Millionen Gulden machte dem Kassenschwund der Märtyrer ein Ende. Gleichstellung des ungarischen Kreditmehrten mit dem Österreichs und die Ordnung der Regalienfrage waren weitere Erfolge. Das Defizit von 8,3 Millionen Gulden verschwand und bei seinem Abgang aus dieser Position hinterließ er Ungarn Kassenbestände in der Höhe von 140 Millionen Gulden. Am 14. November 1892 übernahm er den Poststuhl im Ministerium und führte nun als Mitglied der liberalen Gruppe des Abgeordnetenhauses, die in Ungarn heftig bekämpften lichenpolitischen Reformen, die obligatorische Zivillehe, die freie Religionsübung und die Reaktion der jüdischen Konfession durch, scheiterte aber hinsichtlich der Zivillehe am Magnatenhaus, nahm am 1. Juni 1894 seine Entlassung, war am 5. Juni wieder Ministerpräsident, wurde am 6. Juni Kronoberger von Öfen-Pest und drückte am 22. Juni das Gesetz über die Zivillehe im Magnatenhaus durch. Am 10. Dezember 1894 erhielten diese Reformen die gesetzlichen Sanctionen des Königs. Wekerle trat aber unter dem kalten Wind, der von der Wiener Hofburg nach Öfen-Pest als eine jesuitische Gegenströmung wehte, mit seinem Kabinett am 28. Dezember zurück, sein Nachfolger

war Vanfy, während Wekerle das Präsidium des neuen Verwaltungsgesetzhauses übernahm und nunmehr die Grundlagen zu einem mitteleuropäischen Wirtschaftsverein, der den Zusammenschluß der mitteleuropäischen Staaten erstrebte. Im Dezember 1904 trat dieser Verein unter seiner Führung an die Öffentlichkeit und bereits zwei Jahre später ist Wekerle abermals Ministerpräsident. Er stellte nun eine Wahlreform in Aussicht, das schwierigste Unternehmen im alten patriarchalisch regierten Ungarn und trat gegenüber jütlernen französischen Besprechungen für das Bündnis mit Deutschland ein, ein gretterer Kämpfer Tisza auf diesem Gebiete. Er wollte die Nationalitätenfrage liberal regeln und verteidigte die Wiener Politik in ihrer entschiedenen Stellung gegen das von Ungarn ständig bejagte Serbien. Freilich forderte er bald darauf, inneren Streitungen nachgebend, die madjarischen Schulen bis zum Ausgleich mit Österreich bis zum Jahre 1908. Dann begann Wekerle plötzlich eine streng madjarische Politik zu treiben. Das am 11. November 1908 vorgelegte Wahlreformgesetz war gerade das Gegenteil der Verwirklichung liberaler Regierung, grundfeste und benachteiligte, sowohl Deutsche wie Rumänen auf das allerempfindlichste, während die Wähler ungarischer Nationalität ist beginnigt wurden. Diese Schwierigkeit in seiner Wahlreformversprechen hat in Ungarn die aller schwersten Folgen gehabt. Wekerle ließ sich hier von seiner Partei zu einer ihm sonst nicht eigenen Kurzsichtigkeit verleiten, die alle inneren Gegensätze nationaler Art in Ungarn zu erbitterten Kämpfen aufreizte. Ungefähr nationale Verflüchtigung wurde in diesen Tagen unvermeidlich, es kam so weit, daß er auch die deutsch-ungarische Presse in Öfen-Pest ganz in seinem Sinne schreiben ließ und daß von da an die planmäßige Unterdrückung der deutschen Sprache und der deutschen Schulen ihren Anfang nahm, so stark, daß uralte deutsche Siedlungen zwangsweise mit ungarischen Namen versehen wurden, wovon besonders Siebenbürgen, das Banat und das Burgenland betroffen wurden. Wekerle strebte nach Ungarns finanzieller Selbständigkeit und trat deshalb, als der Vorschlag einer österreichischen Kartellbank nicht durchdrang, zurück, um nach einem Jahre geschäftsmäßiger Weiterführung seines Ministeriums am 18. Januar 1910 seinen Nachfolger die gefährliche Steuerung des von ihm aus dem nordeutschen Gleichtakt gerissenen ungarischen Staates zu übergeben. Sieben Jahre lang förderte er nun als Präsident der ungarischen Sektion seine Idee Mitteleuropa, um dann im August 1917 wiederum an die Erfüllung der so heftig bejagten ungarischen Wahlrechtsvorlage zu gehen. Es war ihm nicht beabsichtigt, Wekerles zu erreichen, es gab im alten Ungarn keine klaren Lösungsmöglichkeiten der inneren Politik mehr. Wekerles Fehler und die Fehler seiner Nachfolger hatten einen nicht mehr zu lösenden Agitationserfolg, der es dem lichtscheuen politischen Gesindel unter Führung Karolyis ermöglichte, andere Pläne zum Auftreten zu bringen. Der Kampf um den Stand des ungarischen Staates wurde wichtiger als alle Reformpläne einer französisch beeinflußten Umsturzgruppe, die zum offenen Angriff überging. Tisza hielt, als der letzte Palatin des alten Ungarn, die Stellung der alten Staatsmacht, bis der Mordstahl ihn fällte.

Die Flüchtlingslager bei Berlin.

Ständige Zustände in dem Flüchtlingslager Adlershof bedeuten "Berliner Morgenpost" auf. Die drei Flüchtlingslager, die auf Groß-Berliner Gebiet im Gemeindebezirk Adlershof liegen, machen — so heißt es in der anschaulichen Schilderung — auf den ersten Blick einen recht freundlichen Eindruck und lassen die Vermutung aufkommen, daß die Bewohner mit ihrem Heim zufrieden und für die nächsten Jahre gesorgt sind. Aber bei einem eingehenderen Besuch des Lagers stellt es sich heraus, daß hier menschenunwürdige Zustände herrschen, die trotz aller Eingaben und Beschwerden von den zuständigen Behörden nicht mit der Energie bekämpft werden, wie es schon im Interesse der Hygiene erforderlich ist.

In den Lagern wohnen Deutsche, die ihre Heimat des Deutschlands wegen haben verlassen müssen. Sie sind in die Holzbaracken vertrieben worden, die seit 1915 den durchziehenden Truppen als gelegentliches Unterkommen und seit 1917 als Gefangenenzonen gedient haben. Diese Baracken waren gerade von den letzten russischen Gefangenen geräumt worden, als der große Zufluss der deutschen Flüchtlinge einsetzte. Die Leute, die nach beispiellosen und abenteuerlichen Reisen endlich in Berlin gelandet waren, waren damals heilfroh, als man ihnen die Baracken als Wohnstätten überwies. Sie mußten Mietverträge unterzeichnen, ohne vorher die Wohnungen besichtigen zu dürfen, und für eine leere Stube und Küche mußten sich die nahezu mittellosen Flüchtlinge zu einer Miete von 1000 Mark jährlich verpflichten, also zu einer Miete, die damals für eine gute Wohnung in einem Steinhaus ortsbüchlich war. Die Flüchtlinge bekamen als Wohnungen kleine Holzhäuser, durch die der Wind von allen Seiten pfeift und die, da die Öfen völlig unzulänglich waren, sich nicht heizen ließen. Ratten und Mäuse nagten die Möbelstücke und Kleider an; Ungeziefer aller Art, das seit Jahren zu Millionen eingesetzt hatte, plagte die Unglückslichen und ließ sie kaum Schlaf finden. 1200 Personen standen nur drei wasserlose Militärbäder zur Verfügung, deren Anlagen weder gereinigt noch entlüftet wurden. Der Geruch wurde bald unerträglich, nicht minder die Mücken- und Fliegenplage, die sich einstellte. Alle Proteste blieben erfolglos; die einzige Änderung, die eintrat,

bemerkte ein Expresserbrief, der ihn wieder ins Buchthaus bringen muß.

Glauben Sie!

"Wenn er darin doch seinen Anteil fordert!"

"Das steht nicht in diesem Brief. Das legen nur Sie hinein. Abrigens ist das Gericht auch im Besitz des zweiten Briefes, den Georg Tilgner an Sie gerichtet hat, und in diesem schreibt er deutlich, daß er nichts als Nachwill."

Kronberg verlor für einige Augenblicke die Fassung, fand sie jedoch trotz des scharfen Blickes, mit welchem Western ihn beobachtete, so gänzlich wieder, daß er höhnisch zu sagen vermochte: "Das ist ja wieder ein Drohbrief, mit dem er etwas von mir expressen wollte."

Darüber wird verhandelt werden, wenn die bosnische Affäre daran kommt, die neben der anderen ja ziemlich nebensächlich ist."

Kronbergs Gestalt, ja, jede Muskel seines Gesichts straffte sich, und sein Blick wurde lauernd. Er wußte nichts davon, meinte wohl noch immer, daß er den Gleichmütigen den Sorglosen, recht gut schiele.

Aber sogar die beiden jungen Leute fühlten, daß er jetzt, da es sich nicht mehr um das Buchthaus, sondern um den Galgen handelte, sehr auf seiner Hut war.

"In Bezug auf Ihren jüngsten Verleih mit Tilgner weiter: "Haben Sie auf diese Drohbriefe geantwortet?"

"Nein, den ersten, der an meine Kontor-Adresse gerichtet war, nahm ich nicht sehr ernst."

"Wieso wußte Tilgner wohin er zu schreiben hatte?"

"Durch einen gewissen Cylinski, einem alten Bekannten von mir, dessen Adresse Tilgner schon von mir erfuhr, als er und ich noch in Bosnien waren."

(Fortsetzung folgt.)

war die, daß die Adlershofer Gemeindeverwaltung im Frühjahr eine Mietsteigerung von zehn Prozent verlangte.

Nach zweijähriger Leidenszeit, nach zahllosen Beschwerden und Vorstellungen bei allen möglichen Behörden und Instanzen wurden einige Ausbesserungen an den Holzburgen vorgenommen. Die Baracken, die wie die Flüchtlinge glaubten, nur als Übergang für bessere Wohnmöglichkeiten dienen sollten, sollen nun zumindest für noch weitere zehn Jahre ausreichen. Zeit, wie die elenden Zustände nicht mehr übertragen werden können, sind ganze 100 000 Mark bewilligt worden; 60 000 Mark sollen zur Instandsetzung der im Zusammenbruch begriffenen Baracken, der Rest zur Verstärkung des Ungezieferverbrennungsplatzes verwendet werden. Eine Summe, die im Hinblick auf die unglaublichen Wohnungsverhältnisse absolut ungültig ist. Das städtische Institut für Schädlingsbekämpfung hat erklärt, daß der Kampf gegen das Ungeziefer allein 53 000 Mark erfordert. Da aber die 53 000 Mark nicht bewilligt werden, müssen die Opfer von Adlershof noch weiter die Ungezieferplage erdulden. Zeit ist den Bewohnern des Lagers die Geduld gerissen; sie sind in den Streit geraten. Sie haben am 1. Juli und am 1. August die Miete nicht gezahlt, sich vielmehr zu einem Mieterblock zusammengeschlossen und die Mieten bei Gericht depontiert; diese Gelder sollen für die dringendsten Ausbesserungsarbeiten verwendet werden. Daraufhin hat die Adlershofer Gemeindeverwaltung 600 Mietern Zahlungsbefehle geschickt, die ihrerseits dagegen richterliche Entscheidung angerufen haben.

Deutsches Reich.

**** Kundgebungen in Berlin.** Aufrufe forderten die Bevölkerung Berlins zur Beteiligung an einer großen Kundgebung am Mittwoch, 31. August, auf. Dem Ruf der Sozialistischen Partei, der Demokratischen Partei, der Arbeitergewerkschaften, sowie der tausendjährigen Verbände folgten hunderttausende von Angestellten und Arbeitern Berlins. Der Lustgarten, die Schlossfreiheit und der Platz vor dem Marstallgebäude waren damit gefüllt, und Tausende von roten Bannern und schwarz-rot-goldenen Fahnen wurden mitgetragen, außerdem zahlreiche Plakate mit den Inschriften: „Gegen den politischen Mord!“, „Für die Republik!“. Gegen ½ Uhr verklündeten Trompetensignale die Eröffnung der Versammlung, und mehr als 30 Redner, u. a. Otto Wels, Erwin Barth, Otto Braun und Adolf Hoffmann, sprachen zu der Menge. Die Ansprachen gippten in folgenden Forderungen: Sofortige Umgestaltung des Justizwesens, Republikarisierung der Reichswehr und Schutzpolizei. Kurz nach ½ Uhr fand die große Kundgebung ihr Ende. Der Straßenbahnerlehr wurde durch Umleitung aufrecht erhalten. Zu Ruhestörungen ist es nicht gekommen.

**** Kundgebungen in München und Leipzig.** In München fanden am Mittwoch nachmittag im Münchener Kindl-Keller, im Thomasbräu und in der Schwabinger Brauerei Massenversammlungen der Mehrheitssozialistischen Abgeordneten Auer, Grüner und Senger. Die Polizei hatte starke Vorsichtsmaßregeln getroffen. Zu ersten Zwischenfällen ist es nirgends gekommen. Zu derselben Zeit fand in Leipzig eine Demonstration der drei sozialistischen Parteien Groß-Leipzigs auf dem Augustusplatz statt. Die Redner forderten eine Einheitsfront der Arbeiterschaft gegen die Rechtsparteien und das kapitalistische Bürgertum. Die Kundgebung verlief ohne Zwischenfälle.

**** Der soziale Ausgleich.** Der erweiterte Vorstand des Deutschen Eisenbahnverbandes hat mit 54 Stimmen gegen 18 bei 8 Stimmenthaltungen einen Beschuß gefaßt, in dem es u. a. heißt: Unter der Berücksichtigung, daß die bisherigen Begründnisse der Regierung nur eine Etappe auf dem Wege zur notwendigen Verbesserung der Einkommensverhältnisse sind, sieht der erweiterte Vorstand im gegenwärtigen Augenblick davon ab, auf weitergehenden Forderungen zu bestehen. Er betont aber mit aller Entschiedenheit, daß die nächste Etappe der Bewegung den von der Arbeiter- und Beamtenchaft er strebten sozialen Ausgleich bringen muß.

**** Die Männer der französischen Besatzungstruppen** haben sich in der letzten Zeit zu einem Argernis für die landwirtschaftliche Bevölkerung entwickelt. Teilweise sind��denlangen in dem davon betroffenen Gelände jegliche Erntearbeiten unmöglich gemacht worden. Nach einer neuerlichen Bekanntmachung des Kreisamtes werden zwischen dem 18. und 14. September und dem 11. und 12. Oktober jeden Vormittag zwischen 5 und 12 Uhr auf Donnerstag und Sonntag Scharfschüsse mit Gewehren, Maschinengewehren und Geschützen auf dem Gelände zwischen den Ortschaften Herrnsheim, Leiselheim, Biebereich, Griesheim und anderen Orten veranstaltet. Den Einwohnern bleibt so nur ein Wochenstag und der Sonntag für die notwendigen Arbeiten innerhalb dieses ganzen Gebietes frei.

Freistaat Danzig.

*** Die Verwaltung der Weichsel.** Der Oberkommissar des Volkerbundes fällte eine Entscheidung über den Protest der polnischen Regierung, betreffs der Verwaltung und Kontrolle der Weichsel im Gebiete der Freien Stadt Danzig. Der Oberkommissar neigte sich dem Standpunkt Danzigs zu und übertrug die Verwaltung und Kontrolle der Weichsel im Gebiete der Freien Stadt dem Hafenzrat.

*** Kein polnisches Visum für die Einfahrt nach Danzig.** Da während der Verhandlungen zwischen Danzig und Polen über die Frage eines polnischen Sichtmerks für die Einfahrt nach Danzig eine Vereinbarung nicht erzielt wurde, wandte sich die Danziger Regierung in dieser Angelegenheit an den Oberkommissar des Volkerbundes General Haking. Die Entscheidung lautete: „Ich entscheide daß ein polnisches Visum für fremde Bürger bei der Einfahrt nach Danzig überflüssig ist, es sei denn, daß die Danziger Regierung das Visum fordern sollte.“

Die Finanzberatungen in Warschau.

Der Finanz- und Haushaltsausschuß setzte seine Beratungen über den Staatshaushaltspunkt fort und ging nach Beendigung der allgemeinen Aussprache zur Abstimmung über.

Ein Antrag des Abg. Stapiński lautet: „In der allgemeinen Aussprache wurden der Regierung Fehler und Missgriffe fast auf allen Gebieten der Verwaltung des Staates vorgeworfen. Es wurde hierbei festgestellt, daß der ungünstige Stand des Budgets in hohem Maße ein Ergebnis des schlechten Wirtschafts ist. Das Regierungsprogramm, das von dem Minister Steczkowski vorgelegt wurde, hat die Kommission nicht davon überzeugt, daß man eine gründliche und schnelle Änderung zum Besseren erwarten könne, es erwacht kein Vertrauen zu der Regierung. Bei einer solchen Sachlage ist ohne Veränderung in der Zusammensetzung der Regierung eine Prüfung des Budgets zwecklos.“ Der Antrag wurde abgelehnt.

Danach ließ der Vorsitzende über den Antrag des Abg. Gąbińskiego abstimmen: „Der Ausschuß hat kein Vertrauen zu der gegenwärtigen Regierung und zu ihrer Fähigkeit, die Staatswirtschaft aus der schwierigen Lage herauszuführen. Der Finanz- und Haushaltsausschuß unterzieht das Budget einer eingehenden Kritik und erklärt, daß nur eine grundsätzliche Änderung der Regierung und des Regierungssystems zu einer Befriedigung der bestehenden Finanz- und Geldverhältnisse führen kann.“ Der Antrag wurde abgelehnt.

Ein Antrag des Abg. Osiecki lautet: „Der Finanz- und Haushaltsausschuß geht nach der allgemeinen Aussprache zu einer eingehenden Prüfung des Haushaltsworenuwurzes jedes Ministeriums über, um eine eingehende Aussprache durchzuführen.“ Der Antrag wurde angenommen.

Darauf ordnete der Vorsitzende die Abstimmung über die Anträge der Abg. Moraczewski, Diamant und Czernecki auf schnellste Einberufung des Sejms an. Der Antrag des Abg. Moraczewski lautet: „Die bisherige Staatswirtschaft hat gegenwärtig zu einer schweren Krise geführt. Diese Lage der Dinge erfordert eine Anspannung aller Kräfte zur Abwendung den drohenden Wirtschaftskata-

strophen. Für diese Lage verantwortlich ist in erster Linie die Regierung und in gleichem Maße eine grobe Machttheorie des Sejms, die die Einführung des freien Handels, diese unmittelbare Ursache der gegenwärtigen Wirtschaftslage, beschlossen hat. Wir fordern den Sejmmarshall auf, daß er den Sejm in kürzester Zeit einberuft.“

Der Antrag des Abg. Diamant lautet: „Der Finanz- und Haushaltsausschuß bitte den Herrn Sejmmarshall um Zusammensetzung des Sejms, um ihm die Möglichkeit zu geben, Beschlüsse zu fassen, die aus der schwierigen Finanzlage und der ständigen Teuerung hinausführen können.“

Der Antrag des Abg. Czernecki lautet: „Nach Durchführung einer allgemeinen Aussprache über den Haushaltsworenuwurz kam der Finanz- und Haushaltsausschuß zu der Überzeugung, daß in Hinsicht auf den gegenwärtigen Stand der Staatsfinanzen eine beschleunigte Einberufung des Sejms notwendig sei. Zu diesem Zweck wendet er sich an den Sejmmarshall um sofortigen Zusammentritt des Altestenausschusses.“

Der Vorsitzende läßt nach Verlesung dieser Anträge über sie gemeinsam abstimmen. Die Anträge werden angenommen.

Aus der polnischen Presse.

Unter der interessanten Überschrift „Die Internationale auf unseren Straßenbahnen“ schreibt die „Pravda“: „Ich kann nicht wissen, ob die Bediensteten unserer Straßenbahnen in der polnischen Berufsvereinigung oder aber in irgend einer internationalen sozialistischen Vereinigung organisiert sind. Ich habe jedoch bemerkt, daß seit einiger Zeit unsere Straßenbahner sehr reizbar geworden sind, wenn jemand von den Fahrgästen auch nur mit einem Wörtchen der immer größeren werdenden Dreistigkeit der hiesigen Deutschen entgegentritt versucht. Waren wir doch vor kurzer Zeit noch stolz, wie die Bediensteten der Straßenbahn noch „echt preußisch“ war. War es doch damals verboten, auch nur ein Wörtchen polnisch zu sprechen, und mancher von den heutigen Straßenbahner hat den Ehrengesetz gehabt, der „betriebs Patriot“ zu sein, indem er es als Ehre ansah, zu rufen: „Hier wird deutlich gesprochen!“ Unsere Straßenbahner sprechen natürlich heute polnisch, aber sehr gern sprechen sie auch deutsch, und sie vertragen es ganz und gar nicht, wenn einer von den Fahrgästen auch nur ein Wort gegen die Deutschen zu sagen wagt. Soll es denn wahr sein, daß unsere Straßenbahner heute durch die Sozialistischen Scheidemanns geschultmeistert werden? Das wäre nicht zu verzeihen; denn gerade die Scheidemanns Politik hat die polnischfeindliche Politik Hörnings, Seerings und Rosels veranlaßt. Und heute noch ist diese Politik in Deutschland „echt preußisch“. Es ist nicht erlaubt, auf der Straßenbahn auch nur ein Wörtchen polnisch zu lispeln. (Die „Pravda“ müßte sich doch bemühen, ihrem Namen mehr Ehre zu machen. Die Red.) Wenn man sich nicht einer Anstellung von Seiten des Straßenbahners aussetzen will, dem natürlich das Publikum hilft. Wo bleibt die Vernunft? Die Deutschen sind hierher gekommen wie die Großen und haben sich hier durch unsere Arbeit reich gemacht; denn körperlich haben sie nicht gearbeitet. Sie haben die Unreinen nach dem westlichen Deutschland abgeschoben, die dort im Schweine ihres Angeistes in der Fabrik und Grubenarbeit für sie und ihre Größe zu Grunde gehen mußten. Der Pole ist nie gern in die Welt gegangen, aber sie haben uns hier verbrängt; denn es lockt sie die Regierungsbürokraten aus unseren Abgängen. Sie sitzen hier und werden trotzdem ihre bösige Seele sucht nur nach Gelegenheit, wo sie ihre Hörner zeigen kann. Soll der polnische Sozialist unserer Straßenbahner wirklich so zugrunde gegangen sein, daß sie heute hier die Scheidemanns Politik unterstützen wollen? Wenn es so wäre, dann müßte sich jeder vernünftige Pole mit Berachtung von ihnen abwenden. Denn heute, nach dieser Weltkatastrophe, die die Deutschen verschuldet haben, sind die Deutschen gegen uns noch viel schlimmer als früher. Und das ist doch die Politik der sozialistischen Mehrheitsparteien. Es geht das in Erfüllung, was Hunderte vernünftiger Pole schon lange vorhergesahen haben: Der Pole ist zu edel, zu sinnstümig, und daraus zieht die geistige Anmaßung und der deutsche Hochmut Nutzen. Vorsicht deshalb, damit nicht die Politik der Scheidemanns für immer nach Polen Eingang findet.“

„Den Totengräbern Polens“ überschreibt der „Przegląd Polonii“ folgenden Herzenserzug: „Denkmäler werden ihnen die kommenden Geschlechter errichten... Denkmäler des Friedens, Denkmäler, vor denen die Menschen sich verstehen werden wie vor der Seuche und Pest. Denkmäler errichten Euch, die Ihr aus der Fäulnis eines hündischen Gehorsams gegen die Pickelhaube in Polen wieder aufgelebt seid, um Gewinn und Karriere zu machen. Euch, die Ihr aus unbegrenzter Dummheit nach hohen nationalen Sesseln getrachtet habt. Euch, die Ihr aus einer Lithargie des Hirns aufgewacht seid, um Demagogie und Umlauf zu fören. Euch Abgeordneten, die Ihr vorangeht, nicht mit dem Maulkorb der Kuhlinie, sondern mit dem Bunder des Auftrugs und der Anarchie. Aber auch Euch, die Ihr wegen der übergroßen Anzahl von besessenen Gläsern, die Ihr und Eure Väter ausgetrunken, jedes Empfinden für den Umfang der bürgerlichen Freiheit verloren habt. Schandpfähle Euch schlängelzüngigen Advokaten, die Ihr gegen den Staat gearbeitet habt, Euch verschwörerischen Beamten; auch Euch dogmatischen Professoren und Schriftgelehrten für die ständige Verunglimpfung der polnischen Regierung, für die satanische Satire, die unserer Ohnmacht spottet. Auch Euch, Ihr Purpurbekleideten und Schwarzen, die Ihr gegen das Recht der polnischen Regierung auf polnische Erde protestiert. Euch die Ihr nach Rom jahrelang mit Klagen gegen die eigene Regierung. Euch allen, die Ihr die Arbeit für das Wohl des Vaterlandes vernachlässigt, die Ihr nicht mehr denkt an das neutrale Unglück des Staates. Ihr Blinden, Ihr Verdammten, die Ihr vergiftet seid mit polschewissenschaftlichen Doktrinen. Ihr alle, die Ihr meint, Polen werde nur dann lobenswert sein, wenn es Euch erlaubt, zu verdienen, Karriere zu machen und den zu vernichten, auch Euch werden Schandpfähle erichtet werden.“

Die vierte Teilung wird Euer Werk sein. Ihr werdet sie herbeiführen, Ihr blinden Werkzeuge der polnischfeindlichen Internationale. Ihr freit aus der Staatskrippe und zu gleicher Zeit befudelt Ihr das Familiennest und vergiftet die gesunden Nest des heimatlichen Körpers. Denkmäler werden sie Euch errichten in der Nacht, Euch, die Ihr überleben werdet, Denkmäler, die mit dem Knarren der um Eure Häuse geschilderten Stride ein höllisches Liedlein spielen werden, das Lied vom Galgen. Oder es werden Euch Eure Kinder verleugnen, die für Polen aufwachsen und die dem Vaterland vielleicht durch Eure Schuld nicht werden dienen können. Dann werdet Ihr wie der ewige Jude wandern gehen, und in der Wüste werden die wilden Tiere mit Gebrüll vor Euch fliehen wie vor den Vorboten des Todes und der Vernichtung. Euer Buße, so lange es Zeit ist! Auf die Knie vor dem gemarterten Polen zur Buße für die Misshandlung der Heimat!

Lokal- u. Provinzialzeitung.
Bojen. 3. September.
Wichtig für Versicherungsnehmer in Polen.
Unter den Versicherungsnehmern in Polen, die bei deutschen Versicherungsgesellschaften gegen Todesfall versichert sind, herrscht immer noch große Unruhe wegen der beiden Fragen: Müsen die noch zu leistenden Prämienzahlungen in polnischer Währung gezahlt werden? In welcher Währung wird die Versicherungssumme im Todes- oder Erlebensfalle von den deutschen Versicherungsgesellschaften ausgezahlt? Während fast alle deutschen Versicherungsgesellschaften die fälligen Prämien von ihnen jetzt zu Polen gefallenen Versicherungsnehmern nach wie vor in deutscher Reichsmark annehmen, verweigerte die infolge ihrer rübrigen Tätigkeit in Polen und Pommern weit verbreitete Versicherungsgesellschaft „Viktoria“ zu Berlin die Annahme in deutscher Währung. Sie hat es auch unterlassen, ihren Versicherungsgesellschaften durch Circular allgemein ausfliegende Mitteilungen über den von ihr vertretenen Standpunkt zu geben. Auch konnten die Interessen bei den Agenturstellen der „Viktoria“ in Polen, an die sie sich ratschend wandten, keine bindenden Versicherungen er-

halten. Nunmehr bringt ein Brief der „Viktoria“ vom 18. August d. J. an einen Versicherungsgesellschafter in Pommern, der sich beschwerdeführend an die Gesellschaft gewandt hatte, Klarheit in die Angelegenheit. Zu Nutz und Frommen aller Interessenten bringen wir den wesentlichen Teil dieses Briefes nachstehend im Auszuge. Er lautet: „Wir weisen darauf hin, daß wir gegen eine weitere Bezahlung der Prämien in deutscher Valuta nichts einzubringen haben, wenn Sie uns hierzu die Genehmigung des polnischen Finanzdepartements in Polen, ul. Starowa 10, einreichen. Ohne diese Genehmigung ist uns die Annahme deutschen Geldes von Versicherheiten, die in Polen wohnen, auf Grund des polnischen Valutabefees in Verbindung mit dem Friedensvertrag verboten. Wir stellen es Ihnen also anheim, sich an die polnische Behörde in Polen zu wenden. Gleichzeitig machen wir noch darauf aufmerksam, daß die Versicherungssumme seinerzeit sowohl in Reichsmark ausgezahlt wird, als auch Prämien in Reichsmark gezahlt sind. Der Rest wird in polnischer Mark gezahlt.“ — Es kann daher allen Interessenten nur dringend geraten werden, sich vom Ministerium der ehem. preuß. Landesteile, Finanzdepartement, in Polen, die erforderliche Genehmigung zu beschaffen und eine beglaubigte Abschrift derselben den Versicherungsgesellschaften in Deutschland einzufügen. Das Finanzdepartement erzielte derartige Genehmigungen bisher ohne weiteres. Erforderlich ist die Angabe der in Frage stehenden Versicherungsgesellschaft, der Police-Nummer, der Versicherungssumme, der Versicherungsdauer und wie hoch die Summe der bereits früher deutschen bezahlten Prämien ist. Sollten zwischen einige Prämien in polnischer Valuta gezahlt worden sein, so ist die Differenz gegen die deutsche Valuta der Versicherungsgesellschaft nachzuzahlen, wenn im Auszahlungssaldo die ganze Versicherungssumme in deutscher Reichsmark beansprucht wird. Wir hoffen, mit der Wiedergabe dieser Zeilen zur Verbindung der zahlreichen Interessenten beitragen zu können.

Die deutsche Tagung in Lódz.

Die Tage von Lódz sollen eine Gemeinschaft derer seien, die eins gewesen in dem aufrichtigen Wollen, Deutsche zu sein und Deutsche zu bleiben im polnischen Lande, sie sollen eine engere Führungnahme der deutschen Volksgenossen aus dem Süden und dem Osten, dem Norden und dem Westen des Landes bringen. Eine Einheit soll zusammengebracht werden, die jedem Sturm trotzen und keiner Fähnrich weichen, — die ihr Recht behaupten will. Alle Fragen, die das Deutschtum in Polen bewegen, werden zur Sprache kommen. Auf der Tagesordnung stehen die Angelegenheiten der Option und der Liquidation, des Schulwesens, der deutschen Presse, der deutschen Landwirte, der deutschen Arbeiter, des deutschen Handels und des deutschen Gewerbes. Der Minderheitenschutz und die Rechte der Minderheiten werden ausgiebig behandelt werden, und die kommenden Wahlen werden in den Beratungen einen hervorragenden Platz einnehmen. Wer nach Lódz mitkommen will, melde seine Teilnahme sofort dem Deutschen Ministrum in Lódz!

Sonnabend, den 10. September und Sonntag, den 11. September.

Tagung der Deutschen Polens in Lódz.

Zugverkehr Polen-Zarotschin. Vom 5. September an gilt für den Zug Nr. 524/523 folgender Fahrplan: (Zug 524) Abfahrt Bojen 225 nachmittags, Eichwald 231, Luisenhain 234, Kreisring 243, Gondel 252, Kurnit 3, Pierzchno 308, Schröda 320, Mieszkow 357, Zarotschin 410. Rückfahrt: (Zug 523, ab Zarotschin 510 nachmittags, Mieszkow 519, Schröda 520, Pierzchno 525, Kurnit 512, Gondel 519, Kreisring 522, Luisenhain 527, Bojen 540).

Die Einkommensteuergrenze. Die Regelung der Höhe der Einkommensteuer, die nicht der Besteuerung unterliegt, kann erst im Wege der Gesetzgebung durch den Sejm erfolgen. Bis zum Inkrafttreten eines solchen Gesetzes hat das Ministerium für das ehemals preußische Territorium angeordnet, daß die Einkommensteuer bis zu einem Einkommen von 6000 Mark fortfällt.

Steuererklärung. Der Vorsitzende der Steuerveranlagungskommission für die Stadt Polen teilt uns mit: In den nächsten Tagen erscheint in den polnischen Zeitungen eine öffentliche Bekanntmachung, nach welcher alle Bürger der Stadt Polen, die ein Einkommen von mehr als 14 500 Mark haben, verpflichtet sind, in der Zeit von 8. bis einschließlich 26. d. Monat eine Steuererklärung zum Zwecke der Veranlagung für das Jahr 1921 abzugeben. Steuerpflichtige mit einem Einkommen von mehr als 4200 Mark im Jahre 1919, die im Jahre 1920 bei der Veranlagung übergegangen oder aus anderen Gründen unveranlagt geblieben sind, haben zu gleicher Zeit, falls sie mit der Steuerbehörde nicht in Kontakt geraten wollen, Steuererklärungen einzureichen. Die entsprechend formulierten werden kostlos bei der Veranlagungskommission, Sm. Marein 41, in der Zeit zwischen 9 bis 1 Uhr in den für die Bezirke in Frage kommenden Zimmern ausgegeben. Um Rücksichten nach Möglichkeit zu vermeiden, wird denjenigen Steuerpflichtigen, die Einkommen aus Arbeitsverdienst deklarieren, anhändiggegeben, den Steuererklärungen Lohnbezeichnungen des Arbeitgebers aus dem Kalenderjahr 1920 beizufügen. Falls die Einkommensquelle nicht während des ganzen Jahres bestanden hat, ist für die Veranlagung der Stand des Einkommens am 1. April desjenigen Jahres, für welches die Veranlagung erfolgt, maßgebend. Mit Rücksicht auf die vorgerückte Zeit und den rechtzeitigen Abschluß der Veranlagungsarbeiten, können Gesuche um Ausstandsbestätigungen zur Einreichung der Steuererklärungen nicht berücksichtigt werden.

X Erledigte evangelische Pfarrstellen. Durch Verfehlung pp. der bisherigen Inhaber sind die evangelischen Pfarrstellen in Schröda, Raszlow, Wilkow, Schubin, Cielie und Karihaus wieder zu besetzen. Bewerbungen in den Fällen 1, 2, 4 und 6 an das Konistorium in Polen, in dem Falle 3 an den Superintendenten Krieger in Gnesen und 5 an den Superintendenten in Crone a. Br.

* Lissa 1. P. 2. September. Die hiesige Abteilung der Deutschen Gesellschaft für Kunst und Wissenschaft veranstaltet am Sonntag, 11. September, nachmittags 5 Uhr, in der hiesigen evangelischen Kirche ein Kantatenkonzert unter Leitung des Herrn Viktor Biderich und unter Mitwirkung hiesiger und Posener Künstler. Näheres siehe im heutigen Angelegenheit.

* Crone a. Br. 2. September. Kürzlich brannte in Gr. Budzin der Stall und die Scheune des Besitzers Rether mit der ganzen Erde nieder. Das Feuer entstand durch Brandstiftung des Dienstmädchens. Dieses wurde verhaftet und hat die Tat auch eingestanden.

* Kolmar. 2. September. Ein Großfeuer vernichtete in Studin die Gebäude des Besitzers Garzke und der Witwe Rees mit allen Wirtschaftsgebäuden und der ganzen Erde, sowie noch drei Hause.

Private Handelschule

Sw. Wojciech 29.

Neue Kurse vom 4. Oktober ab.

Sprechzeit des Schulleiters von 2-3 und ausnahmsweise von 7-8 Uhr.

Schulhaus im Zentrum der Stadt.

ESPERANTO.

Anfängerkursus vom 5. September ab.

Private Handelschule Sw. Wojciech 29.

Sprechzeit des Schulleiters von 2-3 und ausnahmsweise von 7-8 Uhr.

2697

Schulhaus im Zentrum der Stadt.

Zurückgekehrt

Dr. med. Haase

Spezialarzt für innere Krankheiten u. Nervenleiden.

Chefarzt der inneren Abtlg. der Diakonissen-Anstalt Poznań

Zahn-Atelier

W. Dzielinski (vorm. C. Sommer)

plac Wolności 5. 12059 b

Bekanntmachung.

Die Herdbuchgesellschaft des schwarz-bunten Niederungsrandes Großpolens veranstaltet am

Mittwoch, d. 7. September d. J.

in Poznań an der ulica Grunwaldzka, gegenüber der früheren Trainkaserne, Straßenbahlinie 6 u. 7 (nicht auf dem Platz Sniadeckich), die

40. Zuchtviehaustellung verbunden mit Versteigerung.

Angemeldet sind 95 Bullen, 36 frangende Kühe und Färse sowie 25 Schweine. Der Katalog ist unentbehrlich in unserer Tierzuchtabteilung sowie auf dem Ausstellungsort zu erhalten. 12712

Wielkopolska Izba Rolnicza.

Bekanntmachung.

Die Wielkopolska Izba Rolnicza veranstaltet am

Mittwoch, dem 19. Oktober d. J. in Poznań die

5. Ausstellung und Versteigerung

von Zuchthengsten und -Stuten sowie Reit- und Wagenpferden.

Die näheren Auktionsbedingungen sind im "Landwirt" sowie in der Zeitung "Hauptverein deutscher Bauernvereine" angegeben.

Wielkopolska Izba Rolnicza.

Empfehlung aus erstklassigen Fabriken

Woll- und Baumwollstoffe für Damen und Herren sowie

Schneiderzutaten, Strümpfe, Garne usw.

Handels- u. Kommissionslager, Jerzy Blin, Poznań, ul. Pawła 4, I.

Herstellung und Vertrieb von

Tierarzneimitteln

J. Błaszczyk i Sp., Ostrów (Pozn.)

Gegründet
1907



Gegründet
1907

Gesetzlich
geschützt.

Błaszczyk's Drüssentinktur für Pferde, Błaszczyk's Polistinktur f. Pferde u. Aufzähen d. Kinder, Błaszczyk's Kälberruhrinktur für Kälber, Ferkel und Gänse, elcholera.

Błaszczyk's Rotlaufinktur als Vorbeugungsmittel.

Tausende von Empfehlungsschreiben und Nachbestellungen.

Zu beziehen durch Apotheken und Drogerien geschäfte.

Pappdächer! Leerungen!
Beste Arbeit! Bestes Material! Solide Preise!
Baumeister a. Günter,
Tel. 945 Poznań, Towarowa 21. Gegr. 1908.
Spezialgeschäft für Pappdächer.

Passiva.	Bilanz am 30. Juni 1921.		Passiva.		
Kassa-Konto	88854 28		Gesellschaftsanteil-Konto	7068	-
Gebäude-Konto	1300	-	Reservefonds-Konto	4436	31
Kautions-Konto	3000	-	Betriebsrücklage-Konto	4236	29
Inventar-Konto	1	-	Dispositionsfonds		
Geschäftsguthaben-Konto	1000	-	Konto	1791	32
Aufzustände-Konto	116	-	Lieferanten- und Kredits-toren-Konto	258162	50
Maschinen-Konto	29630 75	-	Bank-Konto	29787	50
Gespann-Konto	1	-	Erneuerungsfonds-Konto		
Vestände-Konto	475340	-	Pferdevorsicherungs-Konto	4326	55
		599242 98	Reingewinn	4600	-
				82198	47
				13744	51
				599242	98

Gewinn- und Verlustrechnung 1920/21.

Abschreibung auf Gebäude-Konto	108 36		Inventar-Konto	750	-
Geschäftskosten-Konto			Gespann-Konto	12062	-
Konto	392830 11	-	Kohlen-Konto	106329	50
Pferde-Konto	52 89 50	-	Hofz-Konto	138676	85
Abschr.-Konto	719	-	Wage-Konto	40 0	-
Reingewinn		452225 97	Freisäge-Konto	11666	60
		16744 51	Tor-Konto	1980	378
			Gaskots-Konto	2391	75
				468970	48
					468970 48

Bahl der Genossen am 30. Juni 1920 . . . 1605.

Ausgeschlossen wird n. 121 Genossen.

Bahl der Genossen am 1. Juli 1921 . . . 387 mit 728 Anteilen.

Haftsumme am 1. Juli 1921 . . . 728 000,- M.

Bezugsgenossenschaft für Brennmaterialien.

Błasius. Schilasky.



Kartoffelerntemaschinen „Facepe“

System „Harder“

5 ständig empfohlen

zur sofortigen Lieferung

H. Legielski, Tow. Akc.
Towarzystwo Akcyjne

Abteilung



Verkauf

Rycerska 16

Das hiesige Ingenieurbüro ist vorläufig mit der Filiale in Danzig vereinigt worden.

Anfragen sind zu richten an

Gebr. Körting A.-G.
Danzig, Hansaplatz 7.

[2478]

Kohlenverteilung.

Die Anfang Juli reißegegebenen Ab schnitte der Kohlenkarten sind nur noch bis Mittwoch, d. 7. September einschl. gültig. Die Händler dürfen nach diesem Termine Kohlen auf dieselben nicht mehr verabfolgen.

Weitere Kohlenabschnitte sind vom Montag, d. 5. 9. wie folgt reißegegeben:

auf Abschnitt Nr. 10 der Kohlenkarte „B“ 1 Ztr. Kohlen,

Auf Karte „A“ werden vorläufig keine Kohlen ausgegeben.

Der Magistrat.

Kirchennachrichten.

Ev. - luth. Kirche, Ulica Ogrodowa 6 (früher Gartenstraße). Sonntag, 10½.

Gd. 1000.

Christliche Gemeinschaft innerhalb der Landeskirche,

St. Lazarus, ul. Aleksiego 36 I (Prinzenstraße).

Sonntag, 3: Kinderbund.

5: Jugendbund für E. C.

8: Evangelisation. — Freitag, 8: Bibelbeirat.

Gesellschaft für Kunst und Wissenschaft in Leszno (Lissa).

Sonntag, den 11. September 1921, nachm 5 Uhr in der ev. Kirche in Lissa:

Kantaten-Konzert.

Werke von J. S. Bach für Chor, Soli, Orgel, Violine und Kammerorchester. [2730]

Mitwirkende sind Lissaer u. Posener Künstler.

Leitung: **Victor Bickeridt.**

Eintrittskarten 70. (Mitglieder d. Gesellschaft 50 M.).

Schüler 20 M. in den Buchhandlungen von Fenske & Chmara in Lissa und an der Abendkasse.

Letzte Züge: Richtung Poznań ab Leszno 1920,

Rawicz 2180.

Dienstag, den 6. Septbr., abends 8 Uhr, im grossen Saal des Zoolog. Gartens:

„Das Konzert“

Lustspiel in 3 Aufzügen von Hermann Bahr.

Karten zu 50, 40, 30, 20 M.

u. Steuer bei Górski früh.

Bote u. Bock), ul. 27. Grudnia.

D. H. B.

Dienstag, den 6. 9. 1921:
Monatsfeier
„Café Bristol“.

W. lernt ig. Dame deutsch. Grammatik. Off. u. 2752 a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Ev. Akademiker sucht zweckmäßig älterer Heirat ähnlich gesinntes Mädchen kennen zu lernen. Off. m. Bild u. M. Z. 2729 a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Celluloid

in Tafel, 60×150 cm gegen Höchstpreis zu verkaufen.

Offert. umr. 2691 an die Geschäftsst. diei. Blattes erb.

Gutsbesitzersohn 30 J. fath., 2 Mill. Verm. wünscht Verh. m. verm. Dame od. Enk. Off. an E. Pansegrau, Radzyn.

Welcher geb., selbst. Bandw. d. s. Schott liebt u. Familienname hat, ob. Akademik. in sich. Stell., v. 29—45 J. w. geb. ev. Landwirt. vol. lich. fig. reich. bild. Haar, gefund. sonn. an. ch. eg. Wei. nicht. i. Hause, mu. k. als Lebensamerdin? Off. mögl. m. Bild. d. zu rücks. w. u. 2650 Gsch. d. Bl.

Fensterglas

in allen Maßen, Ornam. Centrifugen-Cylinder-Motoren.

Sander u. Brathuhn, Poznań

Ul. Szw. Miejskiego 23. Technisches Geschäft. Telefon 4019.

Elegantes Speisezimmer

Eine Stadt auf dem Berge.

Am östlichen Rande des Schwarzwaldes liegt 740 m hoch die höchste Stadt Württembergs; man sieht sie schon von weither, wenn man mit der Bahn von Osten, Süden oder Norden kommt, und wer vom Kniebis her sich ihr nähert, den grünen ihre Türme über Tal hinüber. Und diese Stadt auf dem Berge heißt auch noch Freudenstadt.

Iesus vergleicht seine Gemeinde einer Stadt auf dem Berge, die nicht verborgen bleiben kann. Sie soll auch nicht irgendwo in einem schattigen, dumpfen Tal sich verstecken, sie gehört hinauf auf den Berg, daß sie alle sehen können.

Zweierlei will Iesus uns damit zu bedenken geben. Einmal dies: das Evangelium gehört nicht in den Winkel, sondern in die Öffentlichkeit; es soll nicht wie das Beilchen im Verborgenen sein bescheidenes Dasein fristen, sondern es soll sich stehen lassen in der Welt. Christentum ist nicht Privatsache, sondern Sache des öffentlichen Lebens; es darf sich nicht an die Wand drücken und in die Ecke stellen lassen, sondern es soll Volksmission treiben. Falsche Bescheidenheit begnügt sich mit dem Platz im Kämmerlein. Nein, Christentum, heraus mit dir aus dem Kämmerlein heraus aus den Kirchenwänden, hinein in das pulsierende Volksleben, hinein in die Arena des Geisterskampfes, an die Wahlurnen, in die Spalten der Zeitungen, auf die Katheder der Wissenschaft, in die Beratungen der Parlamente, in die Ateliers der Künstler, an die Schreibtische der Schriftsteller, in die Kontore der Geschäftswelt, in die Sitzungszimmer der Behörden! Erhebe deine Stimme laut und las dich hören, entfalte dein Panier und las dich sehen! Stadt auf dem Berge, warum willst du verborgen bleiben?

Noch mehr: Iesus weist seinem Evangelium und dessen Trägerin, seiner Gemeinde, nicht nur einen Platz in der Öffentlichkeit an, daß die Welt damit als mit einer Realität rechnen muß, um die sie nicht herumkommt, er verlangt für sie eine beherrschende Stellung. Eine Stadt auf dem Berge wird nicht nur von allen Seiten gesehen, sie beherrscht weit hin das Land von hoher Warte aus. Dahin gehört das Christentum: solange es nicht den ersten Platz in der Welt hat, von dem aus es die Welt nicht nur scharf beobachten, klar beurteilen, weit überschauen kann, sondern auch ihr Leben maßgebend beeinflussen und beherrschen und leiten kann, so lange hat es seine Weltmission noch nicht erfüllt. Warum sind wir Christen so ängstlich in der Forderung der Gelung christlicher Grundsätze auf allen Lebensgebieten? Gott will es, daß wir eine Stadt auf dem Berge seien. Freilich, da oben pfeifen auch die Stürme am schärfsten. Tut nichts, da oben geht auch die Sonne am ersten auf, am spätesten unter und scheint am längsten. Denen, die in Zion wohnen, ist's auch — eine Freudenstadt.

D. Blau-Posen.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 3. September.

Allerlei Merkwürdigkeiten.

Unsere Gegenwart ist überaus reich an Merkwürdigkeiten auf den mannigfachsten Gebieten. Denken wir zunächst einmal daran, daß wir heut bereits den 3. September schreiben, daß mitthen fünf Monate seit dem Beginn des neuen Steuerjahres, das bekanntlich in diesem Jahre noch nach alter licher Gewohnheit am 1. April begann, verflossen sind und heut noch die wenigsten Einwohner Posens wissen, wieviel Staats- und Gemeindesteuern sie zu bezahlen haben. Der Schreiber dieses Artikels gehört allerdings zu den wenigen glücklichen Sterblichen, die bereits ihre Steuererklärung abgeben und auch schon für ein halbes Jahr Steuern zahlen müssen. Das ist auch auf eine der erwähnten Merkwürdigkeiten der Neuzeit zurückzuführen: weil nämlich mein frischgebackener 14jähriger Untersekundaner eine Ferienreise in sein altes Vaterland unternommen wollte, mußte ich als sein "alter Herr" zunächst den Nachweis erbringen, daß ich meine sämtlichen Staats-, Gemeinde- und Kirchensteuern, meine Wohnungsmiete samt Wasserabgabe (worauf notabene ein Hauptgewicht gelegt wurde), mein Gasgeld und dasjenige für elektrisches Licht selber für Pfennig, d. h. eigentlich mit einer unendlichen Menge von Rosciusatos, beglichen und Sicherheitsbezüge ebenfalls nicht zu knappen Umfangs hinterlegt hatte. Als ich meinem Erfauenen über diese höchst merkwürdige Maßnahme Ausdruck gab — wohl verstanden, ich, der eigentliche Steuerzahler, reiste nicht mit —, wurde mir die Auskunft, daß man das in Deutschland auch so mache. Da mich die Sache besonders interessierte, zog ich oder ließ vielmehr an Ort und Stelle Erfundungen einzischen und

wurde nun dahin belehrt, daß man in Deutschland derartige Maßnahmen nicht kennt. Das war nun ebenso merkwürdig, wie die andere Tatsache, daß ich einen Geburtschein aus Frankfurt a. O., der nach Angabe eben derselben hierigen amtlichen Stelle von den dortigen amtlichen Stellen hierher nicht gesandt würde, eine Woche später fein säuberlich auf meinem Schreibtisch hatte.

Doch um auf den Ausgang unserer Betrachtungen über die diesjährige Steuern zurückzukommen. Wir alle wissen: der Staat braucht so dringend nötig Geld, und unsere gute Stadt Posen nicht minder, und noch sind heut nicht die geringsten Maßnahmen getroffen, um den Staats- und den Stadtfädel wieder gebührend aufzufüllen. Merkwürdig, höchst merkwürdig! Das alte bewährte preußische Einkommensteuergesetz passte in unsere Zeit- und politischen Verhältnisse nicht mehr hinem. Und so blieben in den ersten beiden Dritteln des Januarmonats die sonst so "beliebten" Steuereinschätzungen ungeschrieben, und zahlreiche Papierbogen brauchten nicht mehr schamlos zu werden ob der oft unglaublichen Zahlenangaben der Selbststeuerzahler. Es hieß damals, man plane für die Republik Polen die Schaffung eines eigenen Einkommensteuergesetzes. Und nun kam eine andere Merkwürdigkeit. Man wartete und wartete, aber das neue Steuergesetz ließ eben auf sich warten. Dann kam im Juli d. J. eine merkwürdige Nachricht aus Warschau, nach der die Steuerzahler darauf hin gewiesen wurden, daß sie bis zum 15. Juli ihre Steuererklärungen abzugeben haben müßten. Als wir aus ganz bestimmten Gründen vermuteten, daß diese Anordnung für den hierigen Gebietsteil nicht zutreffe, wurden wir von zuständiger Stelle darüber belehrt, daß wir mit unserer Vermutung ganz recht hatten. Wieder eine merkwürdige Erfahrung, daß eine Warschauer amtliche Stelle etwas angeordnet, hatte, was für uns gar nicht galt.

Nun ist in diesen Tagen aber wieder etwas Merkwürdiges passiert. Das hierige Ministerium hat zu Beginn dieser Woche eine Verfügung erlassen, nach der hinsichtlich der Steuereinschätzung alles beim Alten bleibt, d. h. das zu Anfang des Jahres arg geschmähte preußische Einkommensteuergesetz muß jetzt als Notbehelf herhalten, und man darf wohl der Erwartung Ausdruck geben, daß nunmehr schleunigst mit der Einkommensteuererklärung alles vorgegangen wird, damit wir nicht schließlich wieder wie im vergangenen Jahre gezwungen sind, in knapp drei Monaten die ganze Jahrestaxe zu bezahlen. Der neue Erlass des Ministeriums will den von ihm jetzt eingeschlagenen Weg zur Steuereintreibung durch den Hinweis bequem machen, daß die Einkommensteuer nach dem vorjährigen Einkommen berechnet wird. Das aber ist, wie ausdrücklich festgestellt werden muß, keineswegs irgend etwas Neues, sondern eine bei den früheren Steuerveranlagungen stets geübte Praxis. Damit die Steuerzahler durch die neuen Steuerzettel nicht vor einer neuen Merkwürdigkeit gestellt werden, verraten wir schon heut unter dem Siegel der Verschwiegenheit, daß sie ein Viertel bis ein Drittel des vorjährigen Einkommens als Steuern zu zahlen haben werden.

Eine Merkwürdigkeit im kommunalen Leben Posens bilden die fortgesetzten Preiserhöhungen für Gas, elektrisches Licht und Wasser durch den Magistrat. Mancher gute Bürger unserer Stadt fahrt sich bedenklich an den Kopf und wirft laut oder im Stillen die Frage auf: wohin sollen diese fortgesetzten Preissteigerungen führen? Als natürliche Folge dieser Preispolitik ergibt sich das Emporschneiden der Preise auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens, des Handels, der Industrie und des Handwerks. Und nun kommt der "Ausgleich" durch erhöhte Gehalts- und Lohnforderungen von Beamten und Arbeitern, teils in Güte, teils durch Streikdemonstrationen, teils durch tatsächliche Ausstände, wobei an den viele Millionen Schaden verursachenden, soeben vereinbarten Eisenbahneraustand erinnert sei. Sollte man an den maßgeblichen amtlichen Stellen nicht doch allmählich zu der Überzeugung kommen, daß man nicht auf der einen Seite die amtlichen Preise weiter wie sehr in die Höhe schrauben und auf der anderen Seite wieder amtlich Löhne und Gehälter festsetzen darf, die kein Unternehmer mehr zahlen kann, aus dem einfachen Grunde, weil er nicht in der Lage ist, die in die Millionen gehenden Summen für Löhne usw. flüssig zu machen, um so weniger, als in den Banktresors eine öde Leere herrscht. Sollte nicht allmählich der Gedanke Platz greifen, daß, wenn der allzu straff gespannte Bogen nicht zerspringen soll, auch einmal wieder an einen Preisabbau gedacht werden muß. Und sollten nicht gerade die amtlichen Stellen in Staat und Kommune hier mit einem guten Beispiel vorangehen?

Eine Merkwürdigkeit, an die wohl niemand mehr gedacht hat in unserer Zeit der unfassbaren Preissteigerungen, erleben wir, von vielen unbeachtet, in diesen Tagen! Auf dem Posener Viehmarkt ist in der letzten Zeit ein geringer Preissturz eingetreten: Schweine und Kinder sind, die ersterten um 500 bis 1000 M., die letzteren um rd. 200 M. für den Bentner Lebendgewicht im Preis gefallen. Merkwürdig, höchst merkwürdig! Und die Gründe für diese höchst überraschende Tatsache? Einmal ist der Auftrieb auf den hierigen Märkten so überaus groß, daß er die Nachfrage weit übertragt. Und unsere Fleischer haben in letzter Zeit nicht mehr den früheren großen Bedarf, weil eben viele Ein-

wohner unserer Stadt, „der Not gehorchen, nicht dem eigenen Triebe“, den Fleischgenuss ganz bedeutend eingeschränkt haben, da sie nicht mehr in der Lage sind, die Phantasielpreise für Fleisch, Wurst u. dgl. zu zahlen.

Und nun endlich noch etwas Merkwürdiges aus dem Straßenbild unserer Großstadt. Unterm 10. v. Mts. ist eine Polizeiverordnung über die Hundesperrre ergangen, durch die jeder Hundbesitzer gehalten ist, seinen Hund an der Leine zu führen. Nun verpflichte ich mich, heute bei einem Spaziergang durch einen einzigen Vorort an einem Tage mindestens 100 Hunde füßen zu zählen, die ohne Leine und ohne Steuermarke umherlaufen und ihre mehr oder weniger duftenden Visitenkarten auf den Bürgersteigen abgeben. Daß gegen solche Verschandeler des Stadtbildes nicht mit aller Entschiedenheit eingeschritten wird, das ist merkwürdig, höchst merkwürdig!

hb.

Reklamierungen von Postsendungen. Der "Monitor Polski" veröffentlicht eine Verordnung in Sachen der Reklamierung registrierter Postsendungen. Auf Grund dieser Verordnung kann der Ausgeber registrierter Postsachen, wie eingeschriebene Briefe, Pakete, Wertbriefe, Postanweisungen usw. bei jedem Postamt die Einleitung einer amtlichen Untersuchung verlangen, was mit seiner Postsendung geschehen ist. Zu diesem Zweck ist die Vorweisung der Quittung über die aufgegebene Sendung, sowie die genaue Adresse des Ausgebers und Empfängers erforderlich.

X Butterpreis. Zu der Woche vom 29. August bis 3. September notierte Butter mit 390—410 M. (zu haben war sie allerdings nur zu Preisen zwischen 500—600 M. das Pfund!)

Eine abermalige Bierpreiserhöhung. Die Brauereien haben eine weitere Bierpreiserhöhung, und zwar um 50 v. H. beschlossen. Begründet wird der Besluß mit neuerlichen Lohnsteigerungen. Sollten die jetzigen hohen Gerstenpreise bestehen bleiben, so wäre in etwa vier Wochen mit einer weiteren Erhöhung des Bierpreises zu rechnen.

Die neuen Millionäre. Die "Pravda" schreibt: "In einem Poener Blatte finden wir alltäglich eine große Anzahl Angelegenheiten Junggesellen Frauen suchen. Jeder von ihnen behauptet, ein Millionär vermögen zu besitzen. Es wäre interessant festzustellen, auf welche Weise diese jungen Leute die Millionen erworben haben."

Der Deutsche Naturwissenschaftliche Verein für Grosspolen nimmt nach der Ferienpause seine Tätigkeit wieder auf und hält seine nächste Mitgliederversammlung am Dienstag, dem 6. d. Mts., abends 8 Uhr in der Deutschen Bücherei, ul. Zwierzyniecka 1 (fr. Tiergartenstraße), ab. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Vorstandes, Chemiker Hamer, über "Neueres Verfahren der Alkohol- und Essigäure-Gewinnung". Gäste sind willkommen.

Deutscher Theaterverein. Am Dienstag, dem 6. September wird Hermann Bahrs "Konzert" wiederholt. Die Aufführung findet im Saal des Zoologischen Gartens statt und beginnt um acht Uhr. Eintrittskarten in der Musikalienhandlung von Gorski (ehemals Bote u. Koch).

X Mit 10 000 Mark durchgebrannt ist gestern vormittag der 17jährige Hausdiener Józef Józwiak aus der ul. Grunwaldzka 11 (fr. Auguste Viktoriastraße). Er ist mittelgroß, hat gebückten Gang und ist blond; bekleidet war er mit grauer Hose und ebensolcher Bluse, blauem Hemd und ebensolcher runder Mütze. Er stammt aus Włocławek.

X Gestohlen wurde gestern vormittag aus dem Schalterraum der Hauptpost ein Fahrrad, Marke "Panther" im Werte von 20 000 Mark.

X Gefundene Diebsthente. Auf dem alten Paulskirchhofe an der ul. Stroma (früher Hahnseit) wurde heute nacht eine in einen Damenmantel eingeschlossene Schreibmaschine, Marke Smith Premier Nr. 10 gefunden. Der Eigentümer der offenbar aus einem Diebstahl stammenden Sachen kann sich im 3. Polizeikommissariat in der ulic Przemysłowa (früher Margaretenstr.) melden.

* Gnesen. 2. September. In einer am Freitag hier abgehaltenen Eisenbahnerversammlung wurde ein Teilnehmer tödlich mit Stöcken verprügelt, da man ihn, weil er Aufzeichnungen machte, für den Redakteur der Zeitung "Lech" hielt.

* Sade (Kr. Wirsitz), 2. September. Ein erhabendes Festfeier am Sonntag, 28. August, die evangelische Kirchengemeinde Sade. Die Gedenktafel für die Gefallenen der Gemeinde wurde feierlich enthüllt. Die Tafel ist nach einem Entwurf des Posener Kunstmalers Blaick von Rateler Handwerkern ausgeführt worden und enthält 39 Namen von Gefallenen. Im ganzen waren aus der Gemeinde etwa 120 Mann im Felde. Die Weihereide hielte Pfarrer Dr. Remm. Die Kirche war mit Girlanden, Blumen und Kränzen ausgeschmückt.

* Culm. 2. September. In der Nähe der Stadt wurde der Richter Lopanowski aus Thorn, als er auf dem Rad aus Kornatow zurückkehrte, überfallen und derart mißhandelt, daß er in die hierige Klinik gebracht werden mußte.

* Thorn, 2. September. Als ein Opfer von hier herrschender Aufruhr verstarb der Pfarrer an der St. Georgenkirche in Thorn-Nosler, Gustav Jost. Der Verstorbene, der sich überall größter Beliebtheit erfreute, war 1907, dem Jahre der Einweihung der neuerrichteten Georgenkirche, nach Thorn gekommen und hat seit der Zeit in der Gemeinde segensreich gewirkt. Er hinterläßt eine zahlreiche Familie.

Hauptchristlieitung: Dr. Wilhelm Voewenthal. Verantwortlich für Sozius, Kunst und Leidenschaft: Dr. Wilhelm Voewenthal; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeier. Für den Anzeigenstell: M. Grundmann. Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A. Künlich in Posen.

Suche einfache selbsttätige

Wirlin,

gelebten Alters, für Frauen.
El. Landhausbaustoff zu soj.
Antritt. Off. u. 2756 a. d.
Beschäftigt. d. Bl. erbeten.

Stellengelude

Berufländwirt, mit sämtl.
ns. Nachschlag. Arv. vertr. ev.
11 F. a. sucht Stell. als Ve.
unter auf groß. Gut. Gesl.
Zusch. u. W. 2745 an die
Sechstagsst. d. Blattes erb.

Auf welch. gr. Gute, mich
als Elevineintritt, um d. sein.
Haushalt zu erlernen. Bin ev.
21 F. alt. Gesl. Ang. unt. F. S.

2749 an die Gesicht. d. Bl. erb.

Junges Mädchen v. Lande.
19 J. ev. aus gutem Hause.

sucht Stellung

in größerem Haushalt (Do-
minium wird vorgezogen);
wodurch weiterer Ausbildung in

der Wirtschaft. Gesl. Ang. u.

S. a. 2140 a. d. Samterische

Zeitung. Samotulz (2717)

2 Expedientinnen

ver. so. oder später gesucht. Gebr. Schwarz, Wielska 7,
kurz- und Galanteriewaren en gros. (2755)

Chem. Rittergutspächter,
der poln. Sprache mächtig,
sucht Verfrauens-
stellung, auch ohne Gehalt, gegen freie
Wohnung und Station für sich
und seine Familie (2 Kinder).
Übernimmt auch Stell. außerhalb d. Land-
wirtsch., bei günstig. Unternehmen auf Wunsch Kapital-
beteiligung. Gesl. Zuschr. u. 2482 an die Geschäftsst. d. Bl. erb.

Deutschumsbund Posen,
(Abteilung Stellenvermittlung).

Wir suchen Beschäftigung für
Arbeiter und Handwerker (für Stadt u. Land). Photog-
raph, Fleischbeschauer, Hilfschlosser, Tapezierer,
Flicker mit eigener Regen, Strickmaler, Packstoffer
und Reiniger, Fabrikverwalter, Bürosekretäre. An-
fragen zu richten. (2755)

Walny Leszczyńskiego 2, Telefon 2157.

Deutschumsbund

erbtet und vermißt Arbeitsaufträge für in der
Existenz geschwächte Schlosser, Tischler und Maler-
meister der Stadt und Provinz. (2882)

Ritterguts-
pacht, 1170 Morg.
i. Oberiale
nen, gutes lebendes u. tot.
Invencar und Erne. bildige
Pacht gute Leute u. Absat-
verhältnisse, frankheitshalb
unter günstigen Bedingungen
sofort zu zedten. Off. u.
3.1483 an Invalidendan.
Breslau 5. 1713

Stellenangebote

Besseres jung. Mädche
als Erzieherin zu 3 Stunden
im Alter von 2, 8 u. 10 J.
und zur Beaufsichtigung der
Schularbeiten u. w. sofort ge-
sucht. Gesl. Ang. u. 2731
a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Sache zum 1. Sept. od.
später aus Land evgl. (2727)

Kinderärztin

musikal. oder
Lehrerin, für mein
9-jähr. Töchterchen. Gesl. Zu-
schriften mit Gehaltsanspr. an

Franziska Dum-
mier Gora zwiesig-
nomias Mogileński.

ev. für 2 Kinder, der 9. u. 7.

Reeal-lasse in Landhausbalt

ganz nahe Posen gejedt. Oder

auch Lehrkraft, die tägl. nach-

mittags Unterricht gibt.

Gute Bahnverbindung. Ang.

u. 2738 a. d. Geschäftsstelle

d. Bl. erbeten.

Erste Schneider-Akademie

Wirtschaftszeitung des Posener Tageblatts.

Börsenwochenbericht

der Danziger Privat-Aktien-Bank, Filiale Posen.

Der Eisenbahnerstreik ist vorläufig beigelegt und die Börse weiter gesunken, also hat sich die Hoffnung nicht erfüllt, die viele auf das Aufhören des Streiks gesetzt hatten. Der festgenannte Kurs für Auszahlung Warschau war 2,82½; damit ist die lange ängstlich vermiedene Grenze der 3 überschritten. Die Verschlechterung der polnischen Mark ist wieder im Effekt stärker als aus den Kurzen ersichtlich ist, da auch die deutsche Mark nach kurzer Besserung weiterhin zurückgegangen ist. Zu Beginn der Berichtswoche wurden folgende Kurze genannt: Dollar 86,10, Gulden 29,99, Pfund 319,35. Am Wochenschluss: Dollar 86,85, Gulden 27,82, Pfund 327,25.

Die Börsentendenz der Posener Effektenbörse wurde von der weiteren Entwertung der polnischen Mark nicht beeinflusst. Die meisten Werte hatten einen weiteren Rückgang ihrer Kurze zu verzeichnen, und die Umsätze waren nach wie vor gering.

Fest verginsliche Werte wurden in der Berichtswoche nicht notiert. Der offizielle Bankenmarkt zeigte die Kurze der Vorwoche. Auf dem Markt der offiziell gehandelten Industriepapiere hatten Barciowski-Aktien einen starken Rückgang zu verzeichnen. Sie fielen 230 für alle Aktien, 180 für junge Aktien ein und gaben auf 160 für alte und 140 für junge Aktien nach. Cegielski-Aktien behaupteten ihren Kurs von 325, dasselben Centrala Skor den von 370 für alte Aktien während die jungen Centrala-Aktien von 340 auf 335 zurückgingen. Carl Hartwig-Aktien 1.—3. Emission notierten einmalig 420 Geld. 4. Emission zog von 380 auf 390 an. Hurtownia Biwak-Aktien mussten sich einen weiteren Rückgang auf 145 gefallen lassen. Luban-Aktien behaupteten ihren Kurs von 525 und blieben weiterhin gesucht. Dr. Roman Mał-Aktien zogen von 460 auf 470 an. Patria Bigaretten-Aktien, die mit 880 einzogen, gingen wieder auf 860 zurück, blieben aber gesucht. Poznańska Spółka Drzewna-Aktien gingen weiter bei starrem Angebot auf 1875 zurück.

Von inoffiziell gehandelten Papieren wurden Bank Centralny-Aktien zu 400 gehandelt. Bank Przemysłowa 6 w.-Aktien behaupteten ihren Kurs von 245, blieben aber angeboten. Wytwornia Chemiczna-Aktien, die vor Abschlag des Bezugsschreies zuletzt mit 210 gehandelt wurden, fielen nach Abschlag des Bezugsschreies mit 165 ein und stiegen auf 175. Zu bemerken ist hierbei, daß nur die alten Aktien gehandelt wurden, wie überhaupt Depotquittungen an der heutigen Börse nicht mehr gehandelt werden sollen. Herzfeld u. Victorius-Aktien behaupteten bei vorübergehenden Schwankungen ihren Kurs von 380. Venetius-Maschinen-Aktien, die mit 460 einzogen, gaben auf 500 an, mußten aber wieder auf 490 zurückgehen. Orient Bigaretten-Aktien gaben von 190 auf 180 nach, während Sarmatia Bigaretten-Aktien von 390 auf 400 angingen. Dom Konfekcjonowy-Aktien notierten einmalig 330 Geld. Centrala Molińska notierten ebenfalls einmalig 250. Papiernia Wodogospica gaben von 240 auf 230 nach. Pneumatik-Aktien behaupteten ihren Kurs von 155. Hartwig Kantorowics gingen von 525 auf 520 zurück.

Im Freibetrieb wurden nur geringe Umsätze getätigt und folgende Kurze genannt: Alkawit-Aktien 570, Drukarnia Pomorska-Aktien 85, Stabrowski-Aktien 215.

Die Leipziger Herbstmesse.

Die Herbstmesse stand und steht von vornherein unter günstigen Zeichen. Die Kauflust ist fast auf allen Gebieten wieder im Steigen begriffen. Mehr und mehr findet man sich in die neuen Währungsverhältnisse hinein. Man weiß vor allem allgemein, daß die neuen Vereinbarungen in der Lebenshaltung allgemeine Lohn erhöhungen für Beamte, Angestellte und Arbeiter bringen und daß sie für eine kurze Zeit wieder laufkräftiger werden. Man weiß auch, daß man sich nun in den Mechanismus der nachrevolutionären Entwicklung hineingefunden hat, daß sehr bald alle Waren wieder teurer werden, und man heißt sich daher, so bald wie möglich zu bestellen und einzukaufen. Dazu ist die Freude am Modischen wieder im Wachsen begriffen, wie namentlich die Textilindustrie in weitem Maße feststellen kann, und Hand in Hand damit geht eine gewisse Verschwendungsübung auf Kosten des Steuerfests, dem gegenüber man wenigstens die Vermögenszuwachssteuer ersparen möchte. All das und dazu der noch nachwirkende Warenhunger bewirken, daß der Käuferstreit vom vorigen Jahre gründlich aufgegeben worden ist und daß eine neue Periode des Eindecks begonnen hat.

Fast über die ganze Stadt verteilt liegen die Messehäuser. Die außerordentliche Buhne der Aussteller hat starken Platz anangeln hergerufen und mancherlei Messepläne, von denen der beste wohl der ist, die gesamte Messe auf dem großen Ausstellungsgelände, auf dem sich die Technische Messe in schöner Geschlossenheit erhebt, zu vereinen. Der Vorteil wäre groß, denn die jetzt entstehenden Beitzverluste fallen mit der wachsenden räumlichen Ausdehnung immer schwerer ins Gewicht. Allein dieser Plan dürfte doch zum guten Teil nur ein schöner Gedanke bleiben, denn die außerordentliche Entwertung der in der inneren Stadt gelegenen Messehäuser hindert entgegensteht.

Den gewaltigsten Eindruck empfängt man in Leipzig von der Technischen Messe. Auch demjenigen, der der Technik fremd gegenübersteht oder sie vielleicht gar gering geschätzt hat gegenüber den anderen Emanationen des menschlichen Geistes, wird hier wohl klar, welch außerordentliche Leistungen in Deutschland auf diesem Gebiete zu verzeichnen sind. Wenn auch die Werkzeugmaschinenfabriken beschlossen haben, nur noch auf der Frühjahrsmesse auszustellen und dadurch immerhin ein wichtiges Gebiet in der technischen Produktion Deutschlands ausgefallen ist, fehlt es dafür doch nicht an Erfolg. Zum erstenmal hat Krupp ausgestellt, und der Glanz dieses Namens lohnt die Besucher in großen Scharen an. In der Krupp-Halle gewinnt man einen schönen Eindruck von der Umstellung, die Deutschlands einstiger Kanonenlieferant infolge der veränderten Verhältnisse vorgenommen hat. Krupps besondere Stellung hat zum guten Teil immer auf der Güte seines Materials beruht. Diese Richtung hat die Werke fortentwickelt. Zum erstenmal bringt Krupp jährlich Eisen und Stahl auf den Markt. Für die chemische Industrie zeigen sich hier neue Entwicklungen. Unendlich vielseitig ist die Produktion Krupps. Von Kinoapparaten bis zur landwirtschaftlichen Maschine, von der Lokomotive bis zur Kontrollstufe wird alles von Krupp in seinen Tätigkeitsbereich gezogen. Mit Krupp konkurrieren wohl noch am ehesten die Deutschen Werke, die bekanntlich aus den früheren Heeres- und Marinebetrieben hervorgegangen sind. Auch hier zeigt sich eine grobe Weitseiteit der Betätigung: Werkzeuge und Werkzeugmaschinen, Eisenbahnbedarfsmaterial, elektrotechnisches Installationsmaterial, Motorräder, Hütten- und Gießerei-Erzeugnisse, Haushaltsgegenstände, Möbel, Spielzeug und Bedienwaren sind diejenigen Gegenstände, die das Auge wohl am meisten angieben. Ein Seitenstiel zur elektrischen Schreibmaschine ist die elektrische Kähmannschaffine, die von Siemens herausgebracht wird. Auch eine Erfindung für Signalfzwecke fehlt diesmal nicht, gerade sie sind ja leider fast ein Gegenstand des täglichen Bedarfs in unserer unsicheren Zeit geworden.

In besonderen Ausstellungsräumen zeigen die Deutschen und die tschechoslowakische Industrie ihre Leistungsfähigkeit. Im österreichischen Haus steht natürlich Wien an erster Stelle. Die Wiener Werkstätten bringen wunderbare Erzeugnisse, die in den deutschen Textilfabriken kaum ihresgleichen finden. Zahlreich sind die kunstgewerblichen Aussteller. Man sieht vor allem Silber, Bijouterie, Leders- und Metallwaren, aber auch die Konfektion und die Stoßwarenindustrie fehlen nicht. Wenn auch hier noch einige Mängel hervortreten,

wird doch ein qualitativ hohes Niveau erreicht, das kaum irgendwo ihresgleichen findet. Die tschechoslowakische Industrie ist im Grunde genommen nur durch die deutsch-böhmisiche Industrie vertreten. Gablonz und Haida sind die Stützen dieser Ausstellung.

Sowjetrußlands Großindustrie.

Der Sozialist für Arbeit und Landesverteidigung, die mächtigste Behörde Russlands, hat kürzlich ein Projekt des Obersten Wirtschaftsrates über einen autonomen Trakt der Flachspinnerei unter dem Namen „Flachsverwaltung“ angenommen. 17 Fabriken der Vereinigungen von Kostroma und von Murom sind zu einem Wirtschaftskörper zusammengeschlossen worden, der wohl der Hauptverwaltung untersteht, im übrigen aber ein wirtschaftlich unabhängiges Unternehmen darstellt, das „gemäß neuen Grundlagen privater Initiative und wirtschaftlicher Berechnung Reformen vorzunehmen hat“. Einzelne Reports haben am Projekt Ausstellungen gemacht, deswegen ist eine besondere Kommission zusammengetragen, die im Laufe von drei Tagen Beschlüsse zu fassen hatte. Da der Sozialist für Arbeit und Verteidigung das Projekt am 29. Juli angenommen hat, wird wesentliches an ihm nicht mehr verändert werden.

Worauf laufen nun in der Praxis die Grundsätze „der Privatinitiative und wirtschaftlicher Berechnung“ hinaus, wenn die kommunistische Regierung sie auf die nationalisierte Großindustrie anwendet? Die „Economischaja Shifn“ vom 2. August bringt einen Auszug aus dem angenommenen Projekt. Danach erhält die neue Flachsverwaltung weitgehende Rechte. Ihre Operationen werden von der herrschenden Präventivkontrolle befreit. Sie bekommt das Recht, die Versorgung ihrer Fabriken mit Heizmaterial, mit Nahrungsmitteln und Pferdefutter selbst zu bestimmen. In bezug auf die Nahrungsmittel kann sie sich der Vermittlung des Zentralsojus (Zentral-Genossenschaftsverband) bedienen oder durch Warenaustausch mit Verwendung der eigenen Produkte selbstständig vorgehen. Sie hat das Recht, im Lande wie im Auslande durch eigene Agenten Maschinen, Hilfsmaterial und Erzeugteile anzukaufen. Ja noch mehr, die Flachsverwaltung darf die für die Versorgung der Arbeiter notwendigen Gebrauchsgegenstände, Nahrungsmittel und Kleidung im Auslande erwirken und dafür gewisse Portionen ihrer Produktion abgeben. Auch für die Beschaffung des Rohmaterials für die Fabriken sorgt die Flachsverwaltung selbstständig durch Ankauf und Warenaustausch, mit Hilfe ihres eigenen Apparates oder auf Grund von Verträgen mit dem Zentralsojus und Privatpersonen. Die Flachsverwaltung darf neue Hilfsfabriken und Werkstätten gründen.

Wie das genannte wirtschaftliche Blatt Moskau an leitender Stelle mitteilt, steht man große Hoffnungen auf diesen ersten Versuch, „die staatlichen Fabriken vom tödenden Bürokratismus zu befreien und durch das Element persönlicher Initiative zu heben“. Der Kostromasche Zweig der Flachsindustrie umfaßt etwa 25 Prozent, der Muromische etwa 10 Prozent der Gesamtproduktion. Im Jahre 1920 lieferten diese vereinigten Fabriken etwa 175 000蒲d Gefürt und etwa 20 Millionen Arschin Leinen. Man hofft jetzt, ihre Produktion etwa ums Dreifache zu heben.

Der Besluß, durch persönliche Initiative und Selbsttätigkeit der nationalisierten Großindustrie neues Leben einzuhauen und ihre Produktion durch die Einführung „privatwirtschaftlicher Konkurrenz“ zu heben, geht auf die letzte Parteikonferenz der Kommunisten zurück. Als die „Economischaja Shifn“ etwa vor Monatsfrist die Grundsätze besprach, die jetzt dem Projekt der Flachsverwaltung zugrunde gelegt werden sind, schrie die Moskauer Rada empört: „Wo sind wir: in Sowjetrußland oder in Amerika? Man will das Monopol im Außenhandel, ja die Diktatur des Proletariats abschaffen!“

Offiziell bedeutet die Einführung privatwirtschaftlicher Grundsätze in der nationalisierten Großindustrie vielleicht die bedeutsame Konzeption dem kapitalistischen Wirtschaftssystem gegenüber, welche die Bolschewiken bisher gemacht haben. Denn die Großindustrie ist das Einzigste und Letzte, was noch wenigstens in der Theorie vom kommunistischen Wirtschaftssystem nachgeblieben war. Alle anderen Dinge waren, wie die Bolschewiken erklärt haben, gebracht, um den Nährboden des herrschenden Proletariats, die nationalisierte Großindustrie zu erhalten. Deswegen wurde den Bauern der Rest ihrer Überschüsse und der Freihandel gewährt, deswegen die kleine und mittlere Industrie zwecks Auftragung von großen Mengen Austauschwaren freigegeben, deswegen die Politik der kapitalistischen Konzeptionen einen eingeschlagen usw.

Indem nun selbst in der nationalisierten Großindustrie privatwirtschaftlich kapitalistische Wirtschaftsformen eingeführt werden, wird die Illusion des Kommunismus und der Herrschaft des Proletariats immer läufiger und lässer.

= Eine neue Bank in Warschau. Unter der Firma „Elektro-Bank Warschau“ ist zur Finanzierung von Elektrizitätsunternehmungen für ganz Polen eine neue Gesellschaft gegründet worden, deren Kapital 150 Millionen Rml. beträgt.

= Patent- und Musterschub in Polen. Durch Verordnung des Handelsministers vom 9. Juli 1921 (Mon. Polski 171 — 30. 7. 21) ist der durch Verordnung vom 10. Januar 1921 bis zum 10. Juli 1921 verlängerte Termin zur Annahme von Patenten, Mustern, Modellen und Warenzeichen erneut bis zum 31. Dezember 1921 verlängert worden.

= Russland als Käufer. Die unabdingliche Notwendigkeit, der russischen Landwirtschaft wieder zur Erfahrung zu verhelfen, hat Russland veranlaßt, größere Aufträge zur Lieferung von Senf, Grasnäbern und Pflügen an das Ausland zu erteilen. Bis Ende Juli sind 10 000 Grasnäber eingetroffen, außerdem 2 Millionen Senf. Es entspricht dem augenblicklichen Zustand des russischen Wirtschaftslebens, daß nur ein kleiner Teil dieser Geräte dem Warenaustausch zur Verfügung gestellt worden ist. Der größere Teil ist in jedem Fall für die Sowjetwirtschaft reserviert worden.

= Neue russische Bestellungen in Schweden. Die russische Handelsdelegation in Stockholm bestellte 175 000 Spatenbleche bei „Sjöbolts Sagblads u. Metallfabrik“ in Eskilstuna und 50 000 bei „Spad- u. Gepf-fabriken“ in Arvika. Das Rohblech wird von der Firma „Ryby Bruf“, Borshalla, geliefert. Weiter wurden für 0,5 Mill. Kr. Gießereierzeugnisse bei Munktells A. B. in Eskilstuna bestellt.

= Die italienisch-russischen Wirtschaftsverhandlungen. Dem „Messagero“ zufolge sind die Verhandlungen mit der sowjetrussischen Delegation über ein wirtschaftliches Abkommen dem Abschluß nahe. Das Abkommen, das in Kürze unterzeichnet wird, enthält folgende Hauptbestimmungen: 1. Die gegenseitige Verpflichtung, unvergängliche Verhandlungen über ein weitergehendes Wirtschafts- und Handelsabkommen zu eröffnen. — 2. Die Verpflichtung Russlands, Italien dieselben Erleichterungen und Vorteile wie den anderen Ländern zuzugestehen. — 3. Die Verpflichtung Russlands, die Forderungen Italiens wegen der Russland gewährten Kredite in billige Erwägung zu ziehen.

= Günstige Aussichten für den Transport nach Russland. Alle bisherigen Versuche und Bemühungen verschiedener Staaten, mit Sowjetrußland in Handelsbeziehungen zu treten, scheiterten an der Unmöglichkeit der Transportverbindung mit Inner-Russland. Die Engländer, die als erste die Handelsbeziehungen mit Sowjetrußland aufgenommen haben, mußten ihre für Russland bestimmten Waren in verschiedenen Häfen einlagern, weil sie nicht imstande gewesen sind, diese Waren nach Russland zu führen. Es eröffnet sich nun die Möglichkeit, in kürzester Zeit doch eine Verbindung mit mehreren russischen Städten herzustellen. Auf Grund des Rigaer Abkommen hat Polen einige tausend breitspurige Waggons und einige hundert Lokomotiven zuverlässig bekommen. Das ganze fertige Material

wird in einigen Sammelstationen an der östlichen Grenze Polens. Der polnische Ministerrat hat nun beschlossen, das breitspurige Betriebsmaterial der privaten Initiative zur Benutzung zu überlassen. Ein Konzern der fünf polnischen Transportanstalten wurde gegründet, um sich mit der Verwirklichung dieses Projektes zu befassen. (Der Osten.)

= Stahl- und Eisenproduktion in den Vereinigten Staaten. Nach der amtlichen Statistik hat sich die Stahl- und Eisenproduktion der Vereinigten Staaten im Verhältnis zum Jahre 1914 um 10 bis 12 Millionen Tonnen gehoben. Die Produktion Großbritanniens stieg in derselben Zeit um 411 000 Tonnen, Frankreichs um 1 228 000 Tonnen, die deutsche Produktion dagegen verminderte sich um 4 440 000 Tonnen.

Kurse der Posener Börse.

	Offizielle Kurse:	3. September	2. September
4% Posener Pfandbriefe (alte)	—	—	—
3% " Buch. A u. B	—	—	—
3½% " ohne Buch. C	—	—	—
3½% " Buch. C	—	—	—
4% " Buch. D u. E	—	—	—
4% (neue)	—	—	—
4% (neue) mit poln. Stempel	—	—	—
4% Pos. Pfandbriefe	—	—	—
4% Pos. Provinzialobligationen	—	—	—
5½% Posener Prov.-Pfandbriefe	—	—	—
5½% Obl. Cegielski	—	—	—
6% Schuldscheine der Bank Kredyt. Hvo. Warszaw.	—	—	—
Bank Zwiazku I-VII em. (ungef.)	220 + A	220 + A	220 + A
Bank Zwiazku VIII em. (ungef.)	220 + A	220 + A	220 + A
Bank Zwiazku IX em. (ungef.)	220 + A	220 + A	220 + A
Bank Handlowy Poznań I-VII VIII.	340 + A	340 + A	340 + A
Bank Handlowy Warszawa	—	—	—
Bank Druk. Rydz.-Grajsk I-IV	—	—	—
Bielski. Piotrkow i. Sla.	—	—	—
Bank Bielski	—	—	—
Bank Bielski I-II	250 + N	245 +	245 +
R. Barciowski I-IV em.	180 + N	160 + N	160 + N
R. Barciowski V em.	165 + N	149 + N	149 + N
Centrala Skor I-II III	370 + N	370 + A	370 + A
Dom Konfekcji	—	—	—
Dr. Roman Maj I-III	480 + N	480 + N	480 + N
Patria	360 + N	360 + N	360 + N
Poz. Spółka Drzewna (egzl. Kup.	—	—	—
C. Hartwig I-II I em.	470 +	390 +	390 +
C. Hartwig IV em.	235 +	235 +	235 +
Cegielski I-VI em.	235 +	235 +	235 +
Hurtownia Zwiazkowa	—	—	—
Włodz.	—	—	—
Włodz. Bielnozentrum	205 +	200 + N	200 + N
Hurtownia Drogeryjna (o. Bezugsr.)	165 + A	165 + A	165 + A
Włodz. Dom Konfekcji	—	—	—
Włodz. Klinika	—	—	—
Włodz. Wodociągi	—	—	—
Włodz. Wytwornia Chemiczna I-II egzl. Beugsgrecht	175-180 + N	170-175 + N	170-175 + N
Włodz. Wytwornia Ceramiczne	180-185 +	—	—
Włodz. Wronki	—	—	—
Włodz. Wysoka	—	—	—
Włod			